

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Welt und Zeit'...

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einseitige Anzeigenzeile 20 Pfennig...

Anzeige für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 6. Mai 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Der Kampf für Schwarzrotgold.

Niesenaufmarsch des Reichsbanners. - Die Flaggenverordnung unterzeichnet. Demokraten und Zentrum protestieren. - Die Sozialdemokraten interpellieren.

Die Reichsregierung hat ein Attentat gegen Schwarzrotgold, gegen die Farben der Republik ausgeführt.

Trotzig rauchten die schwarzrotgoldenen Fahnen, die Fahnen des Reiches, der Republik, das Symbol der Freiheit...

Und dann: wo ist Marx, wo ist Kütz? Der Sturm der Entrüstung gilt nicht nur dem Attentat auf Schwarzrotgold...

Republikaner gegen die Regierung, die Regierung gegen das Symbol der Republik - das ist die Situation!

Die Reichsregierung hat die Flaggenverordnung unterzeichnet. Sie fügt zu der Herausforderung des Volkes...

Die Regierung war gewarnt. Sie wußte, daß ihr Plan helle Entrüstung bei der Sozialdemokratie hervorgerufen hätte.

Herr Luther, der die Aktion gegen Schwarzrotgold eingeleitet hat, hat ja gestern nachmittag wohl freilich ein Kompromiß geschlossen.

Es ist das alte Recht jedes Ministers und jeder Regierung, sich selbst lächerlich zu machen - eine Regierung aber, die ihr Volk lächerlich machen will...

Dies Kompromiß ist schlimmer als der ursprüngliche Plan. Gibt es denn ein Kompromiß zwischen Gesinnungen?

Wer ist die Reichsregierung? Die Reichstagsfraktion der Demokraten (eine Regierungspartei!) beschloß:

Die Forderung ist mit der Verordnung zur Flaggenfrage nicht einverstanden.

Die Reichstagsfraktion des Zentrums, der stärksten Regierungspartei, schloß folgenden noch schärferen Beschluß:

Die Zentrumsfraktion des Reichstags bedauert den Erlaß der Verordnung in der Flaggenfrage, und lehnt jede Verantwortung für die politischen Folgen ab.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß, die Regierung wegen der Flaggenfrage zu

interpellieren und ihr die verfassungsmäßige Mißbilligung auszusprechen.

Die Reichsregierung hat keine Mehrheit im Parlament. Zwei Regierungsparteien, darunter die stärkste, verlassen ihr die Gefolgschaft.

Diese Regierung ohne Mehrheit hat in die hochgespannte innerpolitische Situation die Flaggenfrage hineingestellt.

Die Antwort des Reichsbanners.

Demonstration des Reichsbanners auf dem Gendarmenmarkt. Zu vielen Tausenden kamen sie marschierend.

Das Echo auf die Flaggenverordnung der Regierung Luther war ein dröhnendes 'Nieder mit dieser Regierung!'

Die Freitreppe des Theaters überfüllt, dichtgedrängt der Platz, bis in die Strophen hinein stauten sich die Reichsbannerleute.

Macdonald bei Baldwin.

Verhandlungen. - Die Stellung der kämpfenden Parteien.

V. Sch. London, 5. Mai. (Eig. Drahtb.) Am Mittwoch verläuft, daß Macdonald neben zu einer Konferenz zu dem Premierminister Baldwin berufen wurde.

Die Haltung der Gewerkschaften.

V. Sch. London, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der gegenwärtige Kampf, der übrigens fälschlicherweise Generalstreik tituliert wird...

Die Gewerkschaften sagen: Uns ist der Kampf aufgezwungen worden. Die Regierung hat in den Verhandlungen zur Lösung der Kohlenkrise nicht den geringsten Druck auf die Bergwerksbesitzer ausgeübt.

Die Regierung antwortete darauf: Das waren nur Vorbereitungsmaßnahmen für den Fall, daß der allgemeine Streik verkündet wird.

Die Gewerkschaften erwidern: Daron kann gar keine Rede sein. Von den Streikenden gibt es keine zwei Prozent, die politische Ziele im Auge haben.

Nach einem starken Gedicht sprach Dr. Krohne als erster Redner des republikanischen Zentrums.

Auch die Reden des Demokraten Bergstreckler und des Sozialdemokraten Saenger waren von stürmischen Zurufen und Beifall begleitet.

Gauvorsitzender Koch eröffnet die Kundgebung: Das Reichsbanner hat aufgerufen, daß das deutsche Volk, um seine Rechte zu wahren...

Abg. Dr. Krohne

führt als erster Redner aus: Zu einer machtvollen Kundgebung hat sich das Reichsbanner zusammengesunden.

Streikbeschluß vertreten und ihn auch in der Unterhausdebatte als Hauptredner verteidigt hat.

Dieser Streik, sagen die Gewerkschaftsführer weiter, ist eine spontane Solidaritätserklärung der großen Arbeiterverbände...

Die Regierung hingegen verweist sich auf die Parole, die Baldwin bereits in seinem Ultimatum an den Gewerkschaftkongreß ausgesprochen hatte.

Unter diesen Umständen bleibt nichts anderes übrig, als Kampf bis ans bittere Ende, wie es die falschhischen Diehards und auch die Kommunisten wünschen.

Eine Streikzeitung erscheint!

London, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Gewerkschaften beantworteten die Herausgabe der amtlichen 'British Gazette' durch das Erscheinen eines offiziellen Streikbulletins.

Nachdem sich der Generalkonvent mit den Behörden in Verbindung gesetzt hatte, wurde nach zwei Stunden die Erlaubnis zum Druck erteilt.

(Weitere Meldungen auf der dritten Seite.)

Schwarzrotgold die Farben Schwarzrotgold gekleidet werden sollen. Das wird gefolgt die ausländischen Missionen wünschen es. Wir glauben das nicht. Wir haben mit Freunden feststellen können, daß unsere Fahnens in Ausland an Sympathie gewonnen hat. Unsere Volkspartei hat diese Farben mit dem Einverständnis der größten Volkspartei bestimmt. Unser verstorbenen Reichspräsidenten Ebert war es, der mit zäher Energie versucht hat, die Vereinigung des Volkes zu gestalten. Ihm sind wir für seine Bemühungen ewig dankbar. Wir bedauern, daß in der Fahnensfrage es nie zu einer Einigung gekommen ist.

Auf dem Wege einer Verordnung darf eine solche Frage nicht gelöst werden.

Die Beunruhigung ist sicher viel größer als die Beunruhigung einiger Auslandsdeutschen über den zweifelhaften augenblicklichen Erfolg. Das Volk erblüht in der Verordnung in der jetzigen gespannten Situation einen Anstoß auf die Reichsflaggen. (Zurufe: Reineibiger Hindenburg!) Meine Meinung ist: Treue den Farben Schwarzrotgold. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Als Vertreter der Demokraten sprach

Abg. Bergsträßer (Dem.):

Diese Verordnung war ein Ueberfall. So schnell wie er gekommen, so schnell stehen auch die Reichsbannerformationen bereit, um den Ueberfall zurückzuschlagen. Wo kam der Ueberfall her? Stresemann hat die Wünsche begründet. (Soll nach Doorn gehen!) Ich lege nicht Gründe der Außenpolitik, sondern innerpolitische Gründe dar.

Eine Partei, die jeden Wahlkampf als schwarzweißroten Kampf gegen die Reichsflaggen geföhrt hat, steht hinter dieser Verordnung. Wir haben als demokratische Partei den Beschluß geföhrt, gegen die Verordnung unsere schärfsten Kampf zu führen. (Raus mit den Demokraten aus der Regierung!) Die Frage ist keine juristische, ob die Verordnung zu Recht besteht, sie muß politisch gewertet werden. Die Frage kann nicht durch die Verwaltung gelöst werden. Wir haben für diese Farben sieben Jahre gekämpft. Unser Herz hängt daran.

Von minutenlangem Beifall und stürmischen Freilicht-Aufen begrüßt, spricht

Abg. Saenger-München (Soz.)

zu den erregten Massen. Am 12. Mai jährt sich der Tag, an dem Hindenburg den Eid auf die Schwarzrotgoldene Reichsflagge geleistet hat. (Stürmische Zurufe.) Wenn der Präsident durch die deutschen Lande fuhr, so wurden ihm überall die Schwarzrotgoldenen Fahnen entgegengehalten, von den schweligen Händen derer, ohne deren Zustimmung es ein deutsches Volk nicht mehr geben würde. Die Souveränität des Volkes,

Freiheit und Einheit,

das sind die Symbole jener heiligen republikanischen Kampffarben, für die unsere Väter und Großväter gegen dynastische Willkür und Vaterlandslosigkeit gekämpft haben. (Stürmischer, minutenlanges Beifall.) Diese Farben sind uns nicht nur Symbol der Geschichte, sondern auch ein Mahnmal des großen deutschen Gedankens, der gewaltigen Einheit mit dem Brudervolk Österreichs. Niemals wäre ein Großdeutschland unter den höchsten Ästern möglich gewesen.

Schwarzrotgold ist das Wahrzeichen aller Deutschen von der Ostsee bis zum Belt.

Als das Völkchen unter den Schlägen der großen französischen Revolution in den Staub sank und die Trümmern des französischen Volkes aufschaukelte, war Frankreich aus der republikanischen Freiheit zur Einheit gekommen. Das Völkchen Schwarzrotgold, das unsere Väter tragen, ist heute wieder, daß es die Einheit unserer Väter geknüpft hat, die die Trümmern der deutschen Republik heimzuführen und heute wieder aufbauen haben. (Stürmische Zurufe.) Unter den höchsten Ästern ist der Neubau des Reiches nicht möglich gewesen.

Mit dieser Regelung, die uns so etwas zu bieten mag, gilt es abzurechnen. (Beifall.)

Bei diesem Erlaß verleugnet die Regierung alles, was den wecklichen Massen Wahrzeichen ihrer Freiheit und ihrer Ideale ist.

Fremdenlich und verantwortungslos ist dieser monarchistische Ueberfall, der dazu noch in einer Zeit kommt, wo die Seele des Volkes über die hemmungslose Jagd der Fürsten im Inneren

erregt ist. Für das Ausland wäre der reaktionäre Streik ein Symbol der deutschen nationalen Zerrissenheit. Schon glaubt es, daß die Mächte der Vergangenheit eine frühe Wiedergeburt feiern.

Wir, die wir für die Farben des neuen Deutschland geküßt haben, dulden nicht, daß dieser Erlaß zur Tat wird. (Lobende Zwischenrufe.) Reicht das eine mit von hier, das Größte, was es gibt.

das Gelbnis des Willens zur Macht.

Die republikanischen Massen haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß dieser erste Schlag der Monarchisten zugleich ihr letzter sein wird. Von diesem Schlag hat ein Größerer einst zu den Massen des Volkes gesprochen: Friedrich Ebert. (Die Häupter emblemen sich.) Wir grüßen Dich in weiter Ferne, in Treue bis zum Tode. Du bist bei uns und wir sind bei Dir. Der heilige Kampf um die Rechte der Massen, das Vaterland, die deutsche Republik, sie leben hoch, hoch, hoch!

Begeistert stimmen die Massen ein. Zum Schluß sprach der Gauvorsitzende des Reichsbanners, Koch, noch einige anfeuernde Worte zu den Zehntausenden. Die republikanischen Parteien müssen zusammenstehen, um das parlamentarische Auentat der Reaktion gegen die schwarzrotgoldene Freiheit abzuwehren. Wenn der Gegner zum Angriff gelassen hat, so ist es an uns, nicht in der Defensiv zu bleiben, sondern selbst zum Angriff überzugehen. Das Volk soll entscheiden. Nur Schwarzrotgold, nicht die Hälfte, sondern das Ganze wollen wir haben. Eiserne Geschlossenheit kann für Wau geht es dem Kampf der Republik entgegen. (Donnernder Applaus, minutenlanges Zustimmungsgelächter.)

Der Beschluß der Demokraten.

Die demokratische Reichstagsfraktion hielt gestern nach Schluß der Plenarsitzung eine Sitzung ab, in der sie gegen die Flaggenverordnung entschieden Stellung nahm. Die Parteien sahen durch diese Verordnung überumpelt worden; auch die Reichsflagge, daß die Verordnung beschränkt wird auf die Hofstädte und die nur zu Schiff zu erreichenden überseeischen Wäge genüge nicht. Die demokratische Fraktion sah daher einstimmig folgenden Beschluß: Die Fraktion ist mit der Verordnung zur Flaggenfrage nicht einverstanden.

Der Beschluß wurde sofort den anderen Regierungsparteien mitgeteilt. Welche Konsequenzen sich für die demokratische Fraktion weiter aus diesem Beschluß ergeben werden, steht noch nicht fest. Der Parteivorstand der demokratischen Partei ist zu Montag, den 10. Mai, einberufen worden. Vorausichtlich wird auch der Parteiausschuß noch einberufen werden.

Die Verordnung zur Flaggenfrage.

Umsatz wird mitgeteilt:

Durch eine heute vom Herrn Reichspräsidenten vollzogene Verordnung ist in Ergänzung der Verordnung über die deutschen Flaggen vom 11. April 1921 bestimmt worden, daß die geographischen und sanitarischen Behörden des Reiches an außereuropäischen Plätzen und an solchen europäischen Plätzen, die von Seehandelschiffen angefahren werden, künftig neben der Dienstflagge der Reichsbehörden (Schwarzrotgold mit dem Reichsschild) auch die verfassungsmäßige Handelsflagge führen. Gleichzeitig ist die Dienstflagge der Reichsbehörden zur See, um eine stärkere Betonung der Reichsflaggen zu erzielen, durch eine schwarzrotgoldene Schild nach Art der Handelsflagge ergänzt worden.

Der Verordnung ist folgende amtliche Erläuterung beigegeben:

Die vorstehend gekennzeichnete Verordnung hat keinerlei politische, sondern nur eine praktische Bedeutung. Sie schränkt die Verwendung der Reichsflaggen bei den Auslandsbeziehungen nicht ein, bringt sie vielmehr durch Hinzufügung der schwarzrotgoldenen Schild in die Flagge der Reichsbehörden zur See verstärkt zur Anwendung. Die Verordnung ist notwendig worden durch den Umstand, daß nach den übereinstimmenden Berichten der in Frage kommenden deutschen Auslandsstellen die bestehende Reichsflaggen in den Flaggen der deutschen Handelschiffe und der amtlichen Reichsvertretungen als

unerkennlich empfunden wird. Sowohl von amtlichen wie von privaten Kreisen wird es als geboten bezeichnet, diese Verhältnisse, die zu diesen Mißverständnissen und Unstimmigkeiten Anlaß gegeben hat, auszugleichen. Diesen Ausgleich will die Verordnung in erster Linie erreichen. Ferner soll aber die Verordnung dazu beitragen, die verständnisvolle Zusammenarbeit der Auslandsdeutschen mit den amtlichen Vertretungen des Reiches im Auslande namentlich in Uebersee zu fördern; hier sind wegen dieser Flaggenunterschiede vielfach Gegenstände aufgetreten, die den Interessen des Reiches und dem Ansehen des Deutschen im Auslande abträglich sind. In dieser Beziehung soll die Verordnung eine Brücke bilden zu einer besseren Verständigung und einer engeren Zusammenarbeit am wirtschaftlichen Wiederaufbau.

Fürstenteneignung und Flaggenverordnung

Auseinandersetzung mit der Regierung im Reichstag. Heute wird der Reichstag mit der dritten Lesung des Gesetzesentwurfs auf ausschließungslose Enteignung der Fürsten beginnen. Als Redner der Sozialdemokratie wird Genosse Scheidemann nicht nur die fürstliche Hoheit zu der Not des Volkes in Vergleich stellen, sondern auch die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu der Flaggenverordnung der Regierung zum Ausdruck bringen.

Die KPD. Schließt weiter aus.

Die „Schwarze Liste“ noch nicht abgeschlossen.

Der Kampf gegen die linke Opposition in der KPD. geht unaufhaltsam weiter. Wie die SS-Korrespondenz erzählt, hat das Parteibüro am Mittwoch nachmittag den Beschluß geföhrt, zwei weitere Abgeordnete, nämlich Lössau und Lodingen, die beide rheinische Wahlbezirke vertreten, auszuschließen. Als Grund für diese Maßnahme wird angegeben, daß beide gegen die Partei gearbeitet und zusammen mit Swan Rah gegen die Zentrale konspiriert hätten. Lössau und Lodingen sollen heimlich mit Rah Zusammenkünfte gehabt haben, mit dem Endziel, die linke Opposition zu stärken und die gegenwärtig führenden Männer in der Zentrale zu stürzen.

Damit schreitet die „Säuberungsaktion“ in der kommunistischen Partei jedoch noch nicht abgeschlossen zu sein. Sicherem Vernehmen nach droht auch dem Abgeordneten Schölem in nicht allzuferner Zeit das Schicksal der bisher Beschäftigten.

Austritt in Thüringen.

Weimar, 5. Mai. (Eigenes Drahtbericht.) Die kommunistische Abgeordnete Frau Agnes Schmidt-Wolke ist aus der kommunistischen Landtagsfraktion ausgestiegen. Eine Begründung für diesen Schritt ist von Frau Schmidt nicht gegeben worden. Es ist aber anzunehmen, daß der Austritt auf die politische Freundschaft mit dem vor wenigen Wochen aus der kommunistischen Partei ausgeschlossenen Abgeordneten Weidner zurückzuführen ist. Die kommunistische Fraktion hat an Frau Schmidt bereits die Aufforderung ergeben lassen, sofort ihr Mandat niederzulegen. Mit diesem Austritt ist die nach den letzten Wahlen 12 Mitglieder starke kommunistische Fraktion auf 10 zusammengeschmolzen.

Der deutsch-schwedische Handels- und Schiffsverkehrsvertrag, über den in den letzten Wochen in Berlin verhandelt wurde, ist gestern, Mittwoch, von den Delegierten der beiden Länder ratifiziert worden. Die schwedische Delegation reist heute nach Stockholm zurück. Der Vertrag soll nach Genehmigung durch die beiden Regierungen demnächst in Berlin unterzeichnet werden.

Der harte Sturz des Franken, der durch die massiven Frankengängen für englische Rechnung hervorgerufen sein dürfte, hat in Paris eine lebhaftige Beunruhigung hervorgerufen. Der Dollar, der am Dienstag mit 100 notiert wurde, schloß am Mittwoch mit 110. Der Finanzminister Vercy kehrt am Mittwoch aus seinem Urlaub nach Paris zurück und wird an dem für Donnerstag einberufenen außerordentlichen Kabinettsrat teilnehmen, der sich mit der durch den Frankensurz geschaffenen Lage befassen soll.

Sigmund Freud zum 70. Geburtstag.

Von Dr. Kurt Singer.

Der Name Sigmund Freud hat heute internationale Geltung als einer der größten Forscher und Denker, die in den letzten hundert Jahren entstanden sind. Wie immer man zu den letzten Schulmeinungen der Psychoanalytiker stehen mag — der Mann, der als erster den Einbruch in die mechanistische Weltanschauung und die Atomisierung der Seele tat, der als erster jene Grenzgebiete zwischen Bewußtem und Unbewußtem zu durchdringen versuchte — dieser Mann verdient einen Ehrenplatz unter den Großen der Geschichte. Die Zunftpsychologen nehmen ihn heute noch nicht ernst, die Universitäten und Hochschulprofessoren der Neurologie lehnen ihn mehr oder weniger systematisch ab. Kein Ehrendoktorat zeugt bisher für eine Wendung. Ich erinnere mich noch sehr genau, wie vor zwanzig Jahren wissenschaftliche Führer der Neurologie einen Vortrag über Psychoanalyse mit dem Bemerkten abließen, daß es sich um ein Sammeltumoren von falschen psychologischen Voraussetzungen und ein Hineintragen von unbeweisbaren Dingen handele. Das blieb damals unüberwunden. Inzwischen kam der Krieg, und gerade dieser ungeheure Behemoth änderte die Bestimmung der meisten ethischen Forscher, die gegen Freuds Neurologie eingestellt waren. Freud operierte mit Begriffen, wie sie der Volkswelt, wie sie eine heilige Sprache geschaffen hat, und nahm sie als Begebenheiten an. Er versuchte zuerst körperliche Krankheitserscheinungen als seelisch bedingte Leiden zu erkennen und zu erklären. Er analysierte nicht nur das, was man sah und untersuchen konnte, sondern er drang mit überlegenem Geist und einer unerschütterlichen Dialektik in die Probleme des verdrängten, durch Kultur verdrängten Triebens, der Affekte, des Traumlebens ein. Er scheute sich nicht, Dinge bei dem Namen zu nennen, der bei jeder bürgerlichen Gesellschaft Schrecken, Angst und Abscheu erregt. Schon das Wort Trieb war ein derartiges Abschreckungsmittel, schlimmer noch wirkte die Sexualität in ihren bewußten und unbewußten Beständen. Der sexuelle Konflikt, der Kampf eines Triebens mit dem Ideal, wurde zur Dominante in dem Alfred Freudschen Denken. Zweifellos sind hier Spitzfindigkeiten und sprachliche Haarspalten, besonders in der Symboldeutung des Traumes vorgekommen, und sicher ist das Geschlechtliche nicht als einziger Konflikt für die Entstehung von Neurosen verantwortlich zu machen.

Aber der Begriff der Verdrängung, einerlei, aus welchen Konflikten und kulturellen Einstellungen er kommen mag, besitzt fast in unserem Wissen und Bewußtsein, und auch die Doppeldeutigkeit aller Erscheinungen des Seelenlebens wird in den Schriften Freuds zu einem Trieb. Im Trieb ist Schicksal zu haben, wozu uns eine ständige Selbstzensur befähigt, nachdenken wir unsere Gefühle oft in ihr Gegenteil. Wir leben, wenn wir zu hoffen scheinen, wir hoffen, möchten oder träumen, wenn wir fürchten müssen. Die Bipolarität oder Ambivalenz unseres Seelenlebens wird gerade in den Deutungen der Träume offenbar. Etwas Phänomene verwandeln sich in Kampfeinstellungen gegen die Außenwelt oder gegen das Ich. Freud war unter den Neurologen Europas (vielleicht nach Janet in Frankreich) der erste, der vom Beobachten der allgemeinen Symptome mag zu einer Analyse des Individuellen, des Ich vorzugehen.

Seine denkerische und fast prophetische Phantasie machte sogar nicht bei dem augenblicklichen Ich halt, sondern führte bei Verweisen die Ursprünge des Leidens auf die früheste Kindheit zurück. Ein Erlebnis in den ersten Jahren nach der Geburt, ins Unterbewußtsein verdrängt — so lehrte er — konnte Ursache und dauernder Keim für neurotische Phänomene werden. Gelang es, diese unsichtbaren und unbewußten Verdrängungen zu offenbaren (abzureagieren), so war der Betroffene geheilt. Zu vielen Analysierungen gehörte auch das Leben und Denken im Traum, der, bei aller Umstellung der Tatsachen und Wirklichkeiten, oft ehrlicher ist als das Wachleben. Gerade das Sinnliche in dem bunten Spiel der Träume bekommt durch Freud einen Sinn, das oberflächliche Bild kann durch einen Blick in die Tiefe außerordentlich erhellbar werden. Genau so, wie aus dem Traumleben, entwickelt Freud aus den Strömern und Fehlleistungen des Willens ein Mittel zur wirklichen Aufklärung unseres Willens. Die Sprache versteht tatsächlich oft das, was wir an Gedanken produzieren wollen, ja, sie verfehlt das Gesünschte in ihr Gegenteil. Es gibt keine Zufälle, und ein einfaches Rezept. Das Besondere ist, daß die Sprache vertritt oft schärfer die Unmöglichkeit unserer Umgangssprache und Formen, als es eine intensive und langdauernde Analyse könnte. Auch das Vergessen ist eine solche Fehlleistung des Unbewußten.

Freud ist nicht bei der Medizin stehen geblieben. Er hat in seinem Liebling durch die Seelenkammer auch die Gebiete der Kunst, der Dichtung, der Mythologie, der Soziologie gestreift.

Ueber die Symbolsprache des Traumes, gegen die war viel zu sagen, auch gegen die Erklärungen Freuds und seiner Schüler, daß das tiefste Erkennen der Zusammenhänge schon eine Heilung bedeute. Die Individualpsychologie Alfred Adlers baut, von Freud ausgehend, an ganz anderen Wegen und scheint mir in ihrer Gleichsetzung gesellschaftlicher, beruflicher und sexueller Krisen, in ihrer Psychoanalyse ein gesundes Abwandern auf das Gebiet der Menschheit zu sein. Damit ist nichts gegen die fundamentalen Arbeiten Freuds gesagt, nichts gegen den Reichtum seiner Ideen über das Ich und das Es, die Psyche, das Leben im Unbewußten, die Traumdeutung. Ein dichterischer Seher, in seinem Wesen gleiche niemand, hat unserer Zeit ein Werk und eine Wissenschaft hinterlassen, die ihr bis dahin fremd waren. Kein Mensch, der Anspruch macht, sein Jahrhundert zu verstehen, kann an diesem Werk eines Auserwählten vorübergehen. Auch wenn die Mode der gesellschaftlichen Unterhaltung über sexuelle Dinge vorübergegangen ist, auch wenn in Jahrzehnten der Nazismus sich in den Menschen von Wissenschaft und Erkenntnisfähigkeit selbst überwunden hat, auch dann, wenn durch Enttäuschung und Betrugung der seelischen Kräfte des Einzelnen ihre Schwächen verloren haben, auch dann und gerade dann wird man Freud als einen der größten Wohltäter aller Zeiten preisen.

Der Kampf um einen Freiheitsfilm.

Die Matrosen vom Panzerkreuzer „Salem“ sind nicht überall so behandelt worden, wie von ihren Kameraden auf dem Mittelmeer. Die sympathisierende Geschichtsschreibung sprachen. Die Filmprüfstelle Berlin hatte den Film „Panzerkreuzer „Salem“ auf Grund eines Gutachtens des Oberregierungsrats

Mühlstein vom Reichskommissariat für die Ueberwachung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und des Majors Speck vom Reichswehrministerium verboten. Vor der Oberprüfstelle wurden die beiden Sachverständigen vernommen. Herr Mühlstein, dessen Unfähigkeit durch den Seckel-Antentanzprozeß sich genügend erwiesen hat, brachte impotente Äußerungen mit, um aus ihnen nachzuweisen, daß die kommunistische Partei nahe daran sei, den Staat umzuföhren und daß sie mit Vorliebe sich der Erinnerung an vergangene Revolutionen bediene, um die Bevölkerung aufzuheizen. Der Major von Speck sprach von einer Gefahr für die Armee und Vaterland, um gleich darauf dem Anwalt der Firma, Genossen Paul Leut, zuzugestehen, daß die Soldaten nach der Besichtigung des Films anfangen würden zu meutern, wolle er allerdings nicht behaupten. Die Oberprüfstelle gab den Film frei. Sie folgte dabei den Bestimmungen des Gesetzes, das ausdrücklich untersagt, einen Film wegen seiner politischen Tendenz zu verbieten. Sie folgte aber auch dem gesunden Menschenverstand, der über die Idee lachen muß, daß in einer Zeit, da die kommunistische Partei Rückschlag auf Rückschlag erleidet, die Vorführung eines Films aus der russischen Revolution von 1905 das Fundament des Staates unterhöhlen sollte.

Herr Mühlstein hatte nicht genug an der eigenen Blamase. Zunächst mußte das Reichswehrministerium den Film für die Soldaten der Reichswehr verbieten. Dann erschien, sicher nicht ohne höheren Auftrag, am Nachmittag der Premierer Herr Staatssekretär Kemmer. Er hatte den preussischen Ministerpräsidenten und den Berliner Polizeipräsidenten hingeholt. Nach der Reichsregierung erklärte die Vorführung des Films nicht mehr und nach dem Filmgesetz kann die Polizei nur dann die Vorführung von Filmen unterlegen, wenn es unmittelbar dabei oder nachher zu einer Störung der öffentlichen Ordnung kommt. Die Genossen Braun und Gehring lehnten also ein Eingreifen offenbar auch aus solchen Gründen ab.

Dann mußte der Oberregierungsrat den Film besichtigen, um Anklage — wegen Hochverrats? — zu erheben. Der Oberregierungsrat lehnte ab. Nun beschloß sich das Kabinet mit der Angelegenheit. Vielleicht hängt sich die Richtung des „Berliner Tageblatts“, die bayrische Regierung werde ein Wiederholungsverfahren einleiten, mit dieser Kabinettsitzung zusammen. In München wird man so freudige Helfer für solche Pläne finden.

Nach berühmten Dresden und anderen Ruffern im „Apollo-Theater“ gearbeitet, um eine ein Polizeiverbot vorzubereiten. Am Dienstagabend kam es zu erregten Szenen, weil eine Gruppe junger Leute amerikanisch die Erziehung des Matrosenführers Behall kritisierte.

Wollen wir die juristische Schandwirtschaft wirklich noch in der Deutschen Republik weiter schälen, nachdem sie im eigenen Lande lange ihr wahlverdienendes Schicksal erlitten hat?

Bildungsdiener London—New York. Der ständige Bildungsdiener London—New York ist am 1. Mai aufgenommen worden. Von London aus erfolgt die Uebermittlung zunächst durch den Draht an die Warrent-Station in Garmarn; von dort aus erfolgt die drahtlose Uebermittlung an die amerikanischen Stationen Alingh, Long Island, in der Nähe New Yorks. Der Dienst wird vorläufig in erster Linie von amerikanischen Stationen in Anspruch genommen.

Die Wirkung des Streiks.

Ausdehnung der Stilllegungen.

London, 8. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Lage hat im Laufe des Mittwoch infolge einer Verschärfung erfahren, als jetzt mehr und mehr die Arbeiterkategorien, die von dem Hauptquartier der Gewerkschaften als zweite Linie bezeichnet werden, in die Streikbewegung einbezogen werden. Es handelt sich hier um Arbeitergruppen, die in die Generalstreikliste nicht einbezogen waren und die auch bisher keine Aufforderung zur Arbeitsniederlegung erhalten haben.

Die Ursachen hierfür sind vorwiegend technischer Natur: das Versagen der Kraftwerkzeuge und die Schwierigkeiten in der Heranführung von Material. Auf der anderen Seite haben die Anstrengungen der Eisenbahnen und sonstiger Transportunternehmungen, ihre Betriebe durch Streikbrecher aufzunehmen, in höchstem Maße eingeleitet.

Die von verschiedenen Londoner Untergrundbahnen geplante Ausdehnung des Verkehrs war undurchführbar. Außer der Freiwilligenwerbung der Transportunternehmungen hat die Verantwortlichkeit der Regierung an Intensität zugenommen. In allen Großstädten entstanden Komitees, die den Zivilkommissaren unterstellt sind, eine rege Aktivität. Ähnlich wird ein bedeutender Erfolg dieser Bemühungen festgestellt, jedoch werden keine Gesamtziffern der bisherigen Rekrutierung freiwilliger Arbeiter herausgegeben. Eine Testziffer, wie z. B. die Feststellung, daß im Londoner Zentrum bisher 12000 Freiwillige sich gemeldet haben, kann nicht als übermäßig bezeichnet werden.

Wies in allen genommen herrscht im ganzen Lande Ordnung. An einigen Orten ist es allerdings zu Ausschreitungen gekommen. In Nottingham wurde von Streikbrechern ein von Streikbrechern betriebener Omnibus umgeworfen. Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich in Newcastle. Im Londoner Osten mit seiner durch Armut und Arbeitslosigkeit verfallenen Bevölkerung herrscht eine gewisse Unruhe. Hier haben eine Reihe kleinerer und ein größerer Zusammenstoß im Bezirk Poplar stattgefunden. Das Eingreifen der Polizei mit Stöcken hatte die Verwundung zahlreicher Personen zur Folge. Man wird jedoch gut tun, diese Vorfälle keineswegs als symptomatisch zu nehmen.

Jegendliche Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung sind bisher nicht eingetreten. In der Verteuerung der Milch ist eine Erhöhung der Preise für Gemüse und Kartoffeln hinzutreten sowie eine 100 prozentige Steigerung der Preise für Fische. Am Mittwoch hat zum erstenmal unter der Bevölkerung eine gewisse Reizung zur Hamsterei von Lebensmitteln eingeleitet.

Die Unterstützung der Amsterdamer Internationale.

Amsterdam, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Internationale Gewerkschaftsbund hat auf Grund vieler Besuche britischer Gewerkschaften ein moralische und finanzielle Unterstützung einen Aufruf an alle angeschlossenen und befreundeten Organisationen abgeleitet. Außerdem teilte am Mittwoch drahtlich die Aufgabe aller gewünschten Unterstützungen mit. Belgien trifft bereits Maßnahmen für eine finanzielle Unterstützung. Die weiteren Beratungen gehen vor allem der Frage der moralischen Unterstützung.

Eine Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes ist für den 10. Mai vorgesehen.

Gemeinschaftliche Tagung der Berg- und Transportarbeiter-Internationalen.

London, 8. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Sekretär der Bergarbeiter-Internationalen Frank Hodges erklärte gegenüber dem Londoner Vertreter des Spz. Pressedienstes:

Das Internationale Komitee des Bergarbeiterverbandes hat mit dem Internationalen Transportarbeiterverband eine gemeinsame Sitzung für kommenden Sonnabend nach Ostende einberufen, um die durch den Generalstreik eingetretene Lage in Großbritannien und im übrigen Europa zu besprechen. Das Internationale Komitee der Bergarbeiter erwartet, daß die Bergarbeiter aller Länder ihre englischen Kameraden in ihrem großen Kampfe im Sinne der von der Bergarbeiter-Internationalen am 17. April in Brüssel gefaßten Beschlüsse unterstützen werden. Die Bergarbeiter-Internationalen hat damals die Bergarbeiter aller Länder aufgefordert, gemeinsam mit den Transportarbeitern ihrer Länder alle nötigen Schritte zu unternehmen, daß im Falle einer ArbeitsEinstellung keine Kohle nach England befördert wird. Die Frage eines internationalen Bergarbeiterstreiks ist jetzt aufgeworfen worden.

An Ostende werden sich die beiden internationalen Komitees einen Heberblick verschaffen über die Maßnahmen, die auf Grund der Brüsseler Beschlüsse in den verschiedenen Ländern zwischen den Bergarbeitern und den Transportarbeitern bereits getroffen worden sind, und werden die weiteren Schritte erörtern, die noch unternommen werden sollen.

Erweiterung der Verordnungs Gewalt der Regierung.

London, 8. Mai. (M.B.) Der Staatssekretär des Innern Jeggons-Hids legte heute im Unterhaus die Gesetzesvorlage zur Befähigung der Ausnahmeregel vor. Er erklärte: er habe genehmigt, daß die Elektrizitätserzeugung, der Transport von flüssigen Brennstoffen und die Ausbreitung des Eisenbahnverkehrs als lebenswichtige öffentliche Dienste bezeichnet würden, so daß es möglich sei, zu ihrer Inangahaltung militärische Kräfte heranzuziehen.

Mit Rücksicht auf die Möglichkeit von Störungen der öffentlichen Ordnung habe die Polizei, seinen Befehlen gemäß, eine Demonstration, die heute abend im Mittelpunkt von London unter Leitung der Kommunisten und anderer Organisationen stattfinden sollte, verboten.

Protest im Haushaltsausschuß.

Gegen die Praktiken des Reichsfinanzministeriums.

Auf der Tagesordnung der Mittwochssitzung des Reichshaushaltsausschusses standen die beiden Garantienvorlagen des Reichsfinanzministeriums für die Flachs- und die Traktorenindustrie, über deren Inhalt wir bereits berichtet haben. Vor Eintritt in die sachliche Beratung führte der Vorsitzende, Gen. Hermann, aus, daß nach seiner Ansicht die Vorlagen nicht in der Weise, wie die Regierung das wünsche, erledigt werden könnten. Beide Vorlagen sollten auf Grund von § 2 des Staatsgesetzes endgültig vom Reichshaushaltsausschuß verabschiedet werden. Die Anwendung des § 2 sei indessen abhängig von dem Vorliegen bestimmter Voraussetzungen. Der Haushaltsausschuß dürfe der Reichsregierung nur dann die Genehmigung zur Übernahme von Garantien, wie sie in den Vorlagen verlangt werden, geben, wenn solche Garantien zur Befriedigung unabweisbarer, durch die Auswirkungen des Krieges hervorgerufener Bedürfnisse nötig sind, und sofern dadurch eine Ausgabe vermieden wird, der sich das Reich sonst nicht hätte entziehen können. Aus der Fassung des § 2 wie aus den Rativen, mit denen er umgeben sei, gehe klar hervor, daß seine Anwendung nicht den Regelfall, sondern einen Ausnahmefall unter bestimmten Voraussetzungen bilden solle. Würde man diese beiden Vorlagen

Die Völkischen Nordbuben.

Grütze-Lehders Aussagen.

Der Gemeinderat der Stadt Berlin hat am 13. November 1923 die Beschlüsse des Landtages vom 13. November 1923 in öffentlicher Sitzung dem Fremdenführer Grütze-Lehder, der aus dem Gefängnis vorgeführt wurde, Grütze-Lehder erklärte zunächst, daß er erst fünf Minuten vor dem Transport aus dem Gefängnis von seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuß gehört habe. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte beginnt Grütze-Lehder seine Auslagen mit einer Dargelegung seiner Beziehungen zur Völkischen Freiheitspartei. Im Frühjahr 1923 sei er in die Völkische Freiheitspartei eingetreten und habe dann auf dem Parteibureau, Dessauer Straße 6, den Abgeordneten Ahlemann kennen gelernt. Dort sei er auch Wulle vorgestellt worden. Die Besuche hätten sich öfters wiederholt. Im Frühjahr 1923 war die Lage durch das Verbot der Völkischen Freiheitspartei prekär und es wurden sehr ernsthafte Pläne für die Revolution gezeichnet. Die Revolutionsbestrebungen der Völkischen gingen unter der Devise v. Deutscher v. Sudendorff. Von zwei Fällen abgesehen, seien die Besuche auf dem Parteibureau unter vier Augen geblieben. Als einmal Grütze-Lehder dem Ahlemann in Anwesenheit einer Bureauangestellten eine gefährliche Rede über die Stärke der Hermsdorfer Putschtruppe machte, habe Ahlemann zu der Stenotypistin gesagt: „Sie haben doch nichts gehört!“ Heberaus groß sei der fanatische Hochgesinnung gewesen. Wenn der Name des preussischen Innenministers fiel, bekomme Ahlemann direkt einen Lohndruck. Einmal sagte er, diese ganze Sache müsse geklärt werden und es werde auch noch geschehen. Ahlemanns Wit richtete sich auch gegen den Staatssekretär Dr. Weiskopf, Seeringss Sekretärin und andere Leute seiner Umgebung.

Als ich einmal fragte, ob ein Attentat auf Seering der Bewegung dienlich sei, sah Ahlemann mich lange an, überlegte und sagte schließlich: „Nein, was werden die Juden denken!“ Man müsse noch etwas warten, auch wäre die Angelegenheit vorher noch mit Wulle und Schäpe zu besprechen.

Rein Anzweifel zum Seering-Mord, so führte Grütze-Lehder aus, ist nicht aus mir entstanden. Ich kannte den Minister kaum, und vor über seinen Charakter und seine Fähigkeiten überhaupt nicht orientiert. All das war nur ein zwangsläufiger Reflex dessen, was die Partei methodisch betrieb. Als ich die Abgeordneten nach acht Tagen wieder im Bureau besuchte, sagte man mir, daß der Umsturz durch Attentate eingeleitet werden müsse. Diese sollten lautlagen der Luft, das Signal zum Vordringen sein. Die Sache müsse aufgezogen werden. Wulle habe sich sehr vorsichtig ausgedrückt und nicht gesagt, als er ihm politische Attentatsvorschlüsse gemacht habe. Er wolle das erst mit Ahlemann und dem Leutnant Lettenborn besprechen. Er, Grütze-Lehder, habe mit Lettenborn drei Unterredungen, und zwar im Parteibureau, im Fraktionszimmer der völkischen Reichstagsfraktion und in einer Privatwohnung in den Zelten 20 gehabt. Lettenborn habe von einem Gutshofen Glan bei Lage in Westfalen ein Automobil besorgen lassen.

Man habe Ahlemann schriftlich und mündlich mitgeteilt, daß ein Automobil für das Attentat bereit stünde.

Frage: Schmidt: Stand in dem Schreiben das Attentat? Grütze-Lehder: Das weiß ich nicht. Aber der Zweck des Automobils war ja den Abgeordneten reichlich bekannt.

Frage: Sie haben gesagt schriftlich und mündlich.

Grütze-Lehder: Jawohl. Beiden Herren ist schriftlich und mündlich mitgeteilt worden, daß der Kraftwagen bereit stünde. Darüber, daß er Attentatswagen dienen sollte, waren sie orientiert. Ich habe den Brief an die Abgeordneten nicht durch die Post, sondern durch einen gewissen Henri Köhler in Hermsdorf überbringen lassen. Der Brief war verpackt. Ich bin bereit, Köhler als Zeugen zu benennen. Ich hatte aber eine inständige Absingung, den Seering-Mord zu begehen. Um dem verhängnisvollen Einfluß und dem moralischen Druck der Abgeordneten zu entgehen, verließ ich Berlin. Nun arbeite ich in England in Vorbereitung für die Völkische Freiheitspartei und war Mitarbeiter zweier Dringgruppen, Engeln und Determünde. Mit der Parteileitung blieb ich in ständiger Verbindung, empfing Briefe von Wulle, Kube, Ahlemann und sonstige auch welche hin. Der Dringgruppenführer in England war ein gewisser Oberleutnant Müller, der aber in Wirklichkeit Dammers hieß. Ahlemann ließ seine Kollegen schriftlich darüber im Unklaren, daß ich zu dem Mord an dem Innenminister Seering nicht mehr bereit war.

Im Oktober 1923 kam Ahlemann nach Bonnern und machte mir heftige Vorwürfe, daß ich in der Seering-Angelegenheit an ihn unbedachterweise durch die Post geschrieben hätte.

Der Brief könnte doch leicht in unrechte Hände geraten sein und großes Unheil angerichtet haben. In der Villa Hermann auf Engeln fanden zwischen Ahlemann, Müller und mir neue Attentatsbesprechungen statt. Müller sollte eine Spezialgruppe gründen, deren Aufgabe die Ermordung des Ministers sei.

Frage: Wurde das in Ihrer Anwesenheit erörtert? Grütze-Lehder: Jawohl, in meiner Anwesenheit.

Ahlemann stellte dann Grütze-Lehder einen Ausweis für seine wöchentliche Besichtigung in Hermsdorf aus. Später hat sich herausgestellt, daß Heinz Müller, eigentlich Heinz Dammers geheißene, habe und ein gefährlicher Hochstapler und Spion gewesen sei. Müller sei in seiner Anwesenheit in sein Zimmer eingedrungen und habe wichtige Dokumente gestohlen, aus denen hervorgeht, daß völkische Abgeordnete unter Führung Ahlemanns ihn zum Mord ansetzten hätten. Müller-Dammers habe einen Tag nach dem Dokumentenbetrug eine Reise nach Berlin gemacht, um im Parteibureau an einer Aussprache über ein vollständiges Bankunternehmen in Bonnern teilzunehmen. Er habe Müller beauftragt, um die Papiere wieder in die Hände zu bekommen und den Bericht der Dokumente zu verhindern. Die Besprechung fiel negativ aus und Müller fuhr anderen Tags nach Bonnern zurück.

Am 13. November 1923 machte ich Wulle von dem Bericht Dammers Mitteilung. Wulle geriet in große Aufregung und rief sofort Kube herbei, der ausrief: „Da haben wir also die Schweinezeit!“ und Wulle sagte ganz bestürzt: „Und gerade jetzt ist Ahlemann in Bremen.“ Kube habe gesagt: „Da muß etwas geschehen“. Auf darauf Wulle: „Solche Leute müssen bestraft werden.“ Grütze-Lehder: Soll ich ein Kollonmano organisiere? Wulle: Das müssen Sie selbst wissen. Wir als Abgeordnete... Darauf sagte Grütze-Lehder: Ich verstehe, ich verstehe schon.

Drei Tage später erhielt er von Wulle einen sehr weitgehenden Ausweis, der ihm die Unterstützung seiner Kameraden bei der Werdter Fahrt sollte. Die Schritte lieferte ein gewisser Rikow in Hermsdorf. Zuerst verpackte die Wulle, drei Tage später wurde die Tat vollbracht.

Am 20. November ging ich dann auf das Parteibureau. Alle waren recht erfreut und drückten sich überaus gerne über den Erfolg aus. Zu Wulle sagte ich dem Sinne nach: Er ist besorgt und aufgehoben. Darauf war Wulle sehr ausgeräumt. Ich sah ihm eine Sorge abgenommen zu haben.

Man trat Johann in die Besprechung des Briefes ein, den Grütze-Lehder an den Untersuchungsausschuß geschickt hat, und in dem er schwere Vorwürfe gegen Ahlemann, u. a. den Oberstaatsanwalt Dr. Jäger erhebt, der alles getan habe, um seine Enthüllungen über Wulle, Kube und Ahlemann zu unterdrücken. Zwischen den kommunistischen Abgeordneten Bartel und dem Vorsitzenden kommt es zu einem heftigen Zusammenstoß, als dieser den Grütze-Lehder zur Schlichtung mahnt. Bartel rief: „Das ist ja unvorhergesehene Unvorsichtigkeit! Sind Sie Staatsanwalt?“ Grütze-Lehder bittet, ihm heute die Begründung dieser Vorwürfe zu erlassen, da er sich neues Beweismaterial herbeischaffen wolle. Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte, an der sich die Abgeordneten Kuttner, Riedel und Schwärmer beteiligen, ist Grütze-Lehder auszulassen. Dr. Jäger habe nicht aus eigener Initiative das Ermittlungsverfahren gegen Wulle und Kube eingeleitet, sondern sei erst vom Justizministerium gedrängt worden. Grütze-Lehder ging dann auf seine Auslieferung ein und erklärte, daß man die ungarische Regierung in Sachen seiner Delikte gequält habe. Von einem gemeinen Verbrecher könne seine Rede sein. Er sei nur wegen politischer Delikte verfolgt worden. Seinem Adoptivvater habe Jäger geschrieben, er wäre nicht nur wegen politischer Verbrechen verfolgt. Das waren jedoch Witzreden. Niemals ist gegen mich eine andere Anklage erhoben worden.

Seine Zeugenbenennungen für die Schuld der Abgeordneten habe Oberstaatsanwalt Dr. Jäger nicht beachtet. Die Vernehmungen der völkischen Abgeordneten Wulle, Kube, Schäpe, Kevontlow und Ahlemann habe das Gericht abgelehnt. Dagegen seien unvorurteilliche Zeugen geladen worden. Der Oberstaatsanwalt habe Briefe, die er an Zeugen geschrieben habe, widerrechtlich zurückgehalten. Auch sei geschwindig ein Kaffee von ihm beschlagnahmt worden. In dem Kaffee waren sehr wichtige Aufzeichnungen über die Missetat der völkischen Abgeordneten. Einmal habe Jäger gesagt: Wollen Sie denn das, daß die Abgeordneten belästigt werden, und warum wünschen Sie denn das? Dem Untersuchungsrichter Schäpe und dem Oberstaatsanwalt Jäger habe einmal Rechtsanwalt Dr. Bloch in der Jenzowstraße des Dr. Stahlhagen sogenannte „verbrannte“ schwarze Reichswehrtruppen anatheten, die den Beamten omlinow vermerkt „Schuldig“ einstellten. Die beiden Beamten hätten hiervon keinen Gebrauch gemacht.

Grütze-Lehder wurde sodann einem ausgiebigen Verhör unterzogen. Auf Fragen, die der Abg. Kuttner (Soz.), Stöckert (D. Fr.), Beerberg (Dnals), Bartel (Komm.), Dr. Körner (D. Fr.) und Dr. Schwärmer (D. Fr.) an den Zeugen stellten, sah Grütze-Lehder detaillierte Schilderungen der Automobilfahrt, wobei mehrere Namen genannt wurden, und ging ausführlich auf seine Ausbildung in dem Fort Hahnberg bei Spandau ein, wo er eine 14tägige militärische Ausbildung genoss, aber er der Völkischen Freiheitspartei beitrug. Schon damals habe er von Attentatsplänen gehört. Ein Hermsdorfer Oberlehrer Dr. Klein trat an die unvorurteillich ercheinenden Leute heran, ob sie nicht einen militärischen Ausbildungsfurtus mitmachen wollten. Zur Schlussrede ging es zu dem Fort. Alles ging durchaus militärisch zu. Die Jungen wurden uniformiert und erhielten Lebensmittel aus den Beständen der regulären Spandauer Reichswehr. Die Parole ging gegen den inneren und äußeren Feind. Es war noch eine Waffenkammer mit 200 bis 400 Gewehren, Minenwerfern, Maschinengewehren, 50 Leuchtpistolen und Handgranaten vorhanden. Übungen wurden gemacht und einmal nahm eine Exzellenz Reinhardt eine Parade ab. Bei dem Abschied wurde von einem gewissen Stumpf den Leuten verordnet, daß diejenigen, die über das Fort Hahnberg Mitteilung machen würden, tot gemacht werden sollten. Der Zeuge meinte sich sehr entsetzt und errot, als ihn der Abg. Körner als pathologischen Quaker hinstreifen versuchte. Es kam zu zeitweiligen heftigen Zusammenstößen zwischen dem völkischen Abg. Dr. Körner und Grütze-Lehder. Grütze-Lehder sagte noch aus, daß Wulle und v. Gräfe dem Bemerkter die Besichtigung durch den Reichsanwalt Herold angeboten haben. Er habe aber abgelehnt. In einem Brief von Weiskopf finde sich die Redewendung von dem schieben Gemitteln der Partei in seiner Anwesenheit.

Abg. Riedel (Dem.) stellt an Hand des Stenogramms fest, daß Wulle im Landtage erklärt habe, er habe den Grütze-Lehder nie kennengelernt. Später hat er allerdings seine Angaben dahin eingeschränkt, daß er ihn einmal gesehen habe. Grütze-Lehder erklärte bei seiner Vernehmung, daß er Wulle im Augenblick nachweislich 6. bis 8mal, wahrscheinlich eher 20. bis 30mal gesprochen habe. Entweder habe Grütze-Lehder den Ausschuss angelesen oder Herr Wulle habe sich sehr wesentlich geirrt. Grütze-Lehder bezeichnet die Behauptung Wulles als unwahr. Er bleibe bei seiner Aussage und ist bereit sie zu beschwören.

auf Grund von § 2 endgültig verabschieden, so gäbe es keine wirtschaftliche Vorlage, die nicht unter Ausschaltung des Plenums auf die gleiche Weise erledigt werden könnte. Was heute für die Flachs- und Traktorenindustrie zureife, könne morgen von irgendwelchen anderen Industrien verlangt werden. Er warne vor den Konsequenzen.

Er hätte allerdings noch einen anderen Grund, den Ausschuss zu bitten, heute nicht in eine sachliche Beratung einzutreten. Zu oft wiederholten Male sei das Reichsfinanzministerium erlöst worden, dem Ausschuss über die jeweils nach sich webenden Garantien des Reichs, Art und Höhe ihrer Inanspruchnahme, Höhe der gewährten Kredite usw., genaue Nachweisungen zu geben. Zuletzt sei im Herbst eine diesbezügliche Entschließung einstimmig angenommen worden. Die Regierung habe zugesagt, dem Verlangen zu entsprechen. Nichts sei erfolgt. Statt dessen kämen immer neue Garantie- bzw. Kreditvorlagen. In jedem Privatbetrieb würden Nachweisungen, wie der Ausschuss sie verlange, wenn nicht sofort, dann binnen wenigen Stunden vorgelegt werden können. Der frühere Finanzminister von Schilleben habe sich mit der Idee geirrt, den Haushaltsausschuß zu einem allen anderen Ausschüssen übergebenen Ausschuss zu machen. Herr Dr. Reinhold habe sich die Idee weiter gegeben. Nach seinen persönlichen Rechen besichtigte er, den ganzen Reichstag bezüglich der Ausgabebewilligung an die Reits der Regierung zu legen

und die Reichsregierung zu einem in Budgetfragen dem Reichstag übergebenen Organ zu machen. Er erwähne diese Dinge hier nur, weil es ein Ausfluß dieser Bestrebungen zu sein scheint, daß man versuche, den Haushaltsausschuß so lange und so sehr als nur möglich über die gesamte Finanzlage im Dunkeln zu lassen. Wie sehr das der Fall sei, darüber werde beim Nachtragsetat noch zu reden sein. In der Weise wie bisher könnten die Dinge nicht weitergehen. Er böte den Ausschuss, so lange nicht in die Beratung der vorliegenden oder anderer Garantie- bzw. Kreditvorlagen einzutreten, bis nicht die verlangten Nachweisungen schriftlich vorlägen.

Staatssekretär Dr. Fißler bemühte sich in längerer Rede, die Bedenken des Vorsitzenden zu zerstreuen, und ersuchte um Eintritt in die Beratung.

In der dann einsetzenden lebhaften und langen Aussprache kamen Redner aller Fraktionen zum Wort. Gen. Hermann Müller unterließ die Ausführungen Heimanns und wies noch auf die Hamburger Rede von Herrn Dr. Reinhold hin, in der dieser aufs schärfste Stellung gegen jede Subventionspolitik genommen habe. Am Jenseitig dazu bringe Dr. Reinhold hier eine Subventionsvorlage nach der anderen ein. Auch die Vertreter der anderen Fraktionen stimmten ohne Einschränkung den Ausführungen des Vorsitzenden zu; es wurde einstimmig beschloffen, erst nach Eingang der verlangten Nachweisungen in eine Debatte über die Vorlagen einzutreten.

England und die deutschen Gewerkschaften.

Befundungen der Solidarität.

Am Mittwoch nachmittag fand in Essen eine gemeinsame Besprechung der vier Bergarbeiterverbände statt, in der die durch den Riesenkampf im englischen Bergbau entstandene Lage erörtert wurde. Als Ergebnis der Besprechung wurde folgender Aufruf an die Bergarbeiter Deutschlands erlassen:

An die Bergarbeiter Deutschlands!

Kameraden! In England ist ein Kampf im Bergbau entbrannt. Die englischen Bergwerksbesitzer wollen die Schichtzeit von 7½ auf 8½ Stunden verlängern und die Tariflöhne um 13 Prozent herabsetzen. Der Ausgang des Kampfes kann uns nicht gleichgültig sein. Ein Sieg der englischen Unternehmer würde katastrophale Folgen für die Entwicklung des Weltkohlenmarktes sowohl als auch für die Bergarbeiter aller Länder haben. Darum haben die englischen Kameraden unsere volle Sympathie und Unterstützung, soweit es in unseren Kräften steht. Zunächst kommt es darauf an, die Einfuhr von Brennstoffen nach Großbritannien zu verhindern. Das Verfahren von nicht dringend notwendigen Uberschichten ist deshalb unter allen Umständen zu unterlassen. Wenn im Verlauf des Kampfes weitere Maßnahmen sich als notwendig erweisen, werden die Bergarbeiterverbände rechtzeitig Stellung nehmen und ihre Entscheidung treffen.

Kameraden! Laßt euch nicht durch falsche Parolen von unverantwortlicher Seite irreführen! Jede Einmischung außenstehender Personen und Parteien ist ganz entschieden abzulehnen!
Essen, 5. Mai 1926.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands.
Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter.
Polnische Berufsvereinigung, Abteilung Bergarbeiter.
Gewerkschaft Hirsch-Dunker, Abteilung Bergarbeiter.

Die Konferenz der ADBB- und AFA-Verbände.

In der gestrigen gemeinsamen Konferenz, die der Vorstand des ADBB, mit den Vorständen des Bergarbeiterverbandes, des Verkehrsverbandes und des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands sowie des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes abhielt, wurde die Frage der Unterstützung der englischen Arbeiter in ihrem gegenwärtigen Kampf eingehend erörtert.

Die Konferenz war der einmütigen Auffassung, daß von den deutschen Gewerkschaften alles getan werden müsse, die englischen Gewerkschaften bei der erfolgreichen Durchführung des Kampfes zu unterstützen. Die Konferenz beschloß einstimmig, durch die beteiligten Organisationen die Beun-

ruhigung englischer Schiffe in deutschen Häfen zu verweigern sowie die Anmusterung deutschen Personals für englische Schiffe zu verhindern und in jeder Weise dahin zu wirken, daß ein Transport deutscher Kohle nach englischen Häfen unterbleibt. Die beteiligten Organisationen haben bereits die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet.

Sympathieerklärung der Eisenbahner.

Der Vorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands hat in seiner gestrigen Sitzung Stellung genommen zum Generalkrieg in England. Er sprach den englischen Kollegen und Arbeitsbrüdern die wärmste Sympathie aus und wünscht ihnen den besten Erfolg. Er ist bereit, alles zu tun, was in seinen Kräften steht, auch in materieller Beziehung, was geeignet ist und dazu beitragen könnte, die Bewegung erfolgreich zu beenden.

Wie der Bergbauverein die Uberschichten aufsaugt.

Essen, 4. Mai. (WZ.) In einem anlässlich des britischen Bergarbeiterausstandes erlassenen Aufruf des alten Bergarbeiterverbandes werden die deutschen Bergarbeiter aufgefordert, den englischen Kameraden zu helfen, insbesondere durch Beseitigung der Uberschichten, die gegenwärtig im Ruhrbergbau trotz der zahlreichen Freischichten in erheblichem Umfang verfahren würden. In einer Zuschrift des Bergbauvereins wird demgegenüber erklärt, daß es sich hierbei um unzutreffende Darstellungen handelt. Es sei auch behauptet worden, daß durch diese Uberschichten mehr als 23 000 Bergarbeiter brütlos gemacht worden seien. Solchen Berechnungen liege eine völlige Verkennung des Begriffes „Uberschichten“ in den amtlichen Nachweisungen zugrunde.

In den Uberschichtenzahlen seien auch sämtliche tariflich festgelegten Betriebsnotwendigkeiten, Uberschichten (Sonntagschichten usw.) enthalten, die über Tage in den durchgehenden Betrieben (Kohleminen usw.) und unter Tage von Maschinen, Pumpwerkern, Pferdebespannungen usw. verfahren werden müßten. Die Zahl der zum Zwecke einer erhöhten Förderung eingelegten Uberschichten sei sehr gering. Sie könnten nur in Frage kommen gelegentlich einer gesteigerten Nachfrage nach bestimmten Kohlenarten, die zu beschränkter Nachfrage nicht nur im Interesse der Zeichen liege, sondern auch in dem der Belagbarkeit. In solchen Fällen ohne weiteres neue Arbeitskräfte einzustellen, die nur vorübergehend beschäftigt werden könnten, sei unmöglich. Es sei auch „festgestellt“ worden, daß beispielsweise im Ruhrbergbau im dritten Viertel 1925 mehr als drei Viertel aller Uberschichten „betriebsnotwendig“ gewesen seien.

Der Streik auf dem Kraftwerk Rummelsburg.

Die Eisenkonstruktionsarbeiter streiken weiter.

Die streikenden Metallarbeiter des Kraftwerksbaues Rummelsburg nahmen gestern mittig in einer überaus stark besuchten Versammlung zu den ergebnislosen Verhandlungen mit dem Verband Berliner Metallindustrieller Stellung. Den Bericht von den Verhandlungen gab der Vertreter des Metallarbeiterverbandes, Genosse Buchs.

Heltig kritisiert wurde die Behauptung der Unternehmer über die angeblich gezahlten Löhne, die wir bereits im heutigen Morgenblatt mitteilten. Aus den vorgelegten Lohnzettel ging hervor, daß diese Löhne nur in einzelnen wenigen Fällen gezahlt wurden. Besondere Erregung löste es aus, daß die Unternehmer jede Einmischung des Stadtverordnetenparlamentes ablehnten und erklärten, sich von ihm die Bezahlung ihrer Arbeiter nicht vorzeichnen zu lassen.

Nach einer eingehenden sehr laudischen Diskussion faßte die Versammlung den Beschluß, unter allen Umständen im Streik so lange zu verharren, bis die berechtigten Forderungen von den Unternehmern anerkannt werden. Ein Vertreter des Industrieverbandes stellte den Antrag, den Streik auf alle im Neubau beschäftigten Arbeiter auszudehnen. Die Versammlung beschloß jedoch einstimmig, den Streik vorläufig allein weiterzuführen. Der Streik, der sich im Wesentlichen zu dem Streik vor etwa sechs Wochen in gewerkschaftlichen Bahnen bewegt, hat, nach der Kampfstimmung und Geschlossenheit der Streikenden zu urteilen, alle Aussicht auf Erfolg.

Der Streik im Beamtenwirtschaftsverein.

Zu dem Streik der Bäcker und Konditoren im Beamtenwirtschaftsverein ist mitzuteilen, daß sämtliche dort beschäftigten Konditoren die Arbeit niedergelegt haben. Die Bemühungen der Verwaltung, Streikbrecher zu finden, waren vergeblich. Die Verwaltung hat ihre Hoffnung auf einige neu eingestellte Personen gesetzt. Da diese aber heute morgen ebenfalls nicht zur Arbeit erschienen, alarmierte die Verwaltung die Polizei mit der Angabe, die betreffenden Personen seien blutig geschlagen worden. Auf Nachforschung der Polizei wurden die angeblich blutig Geschlagenen frisch und fröhlich im Streiklokal den Beamten vorgestellt.

Die Verwaltung sucht weiterhin Verwirrung zu stiften, indem sie die Behauptung aufstellt, die Streikabstimmung sei per Affirmation erfolgt. Das ginge zwar die Verwaltung auch nichts an, wenn es der Fall wäre, da die Arbeiter selber darüber bestimmen. Es trifft jedoch nicht zu, sondern die Streikabstimmung war, wie gewerkschaftlich üblich, geheim und erfolgte einstimmig. Es wird der Verwaltung nach wie vor schwer fallen, Streik-

brecher heranzuziehen. Wir bezweifeln übrigens, daß die Mitglieder des Beamtenwirtschaftsvereins mit dem reaktionären Vorgehen ihres Vorstandes einverstanden sind. Vielmehr ist zu erwarten, daß die gesamten Mitglieder des Vereins das scharfmacherische Vorgehen ihrer Verwaltung verurteilen und die Streikenden dadurch moralisch unterstützen.

Tarifverlängerung für Bau- und Geldschrankschlossereien.

Der am 16. April unter dem Vorsitz des Gewerbevereins Körner für die Bau- und Geldschrankschlossereien gefällte Schiedsspruch, wonach der bisherige Manteltarif mit einigen unwesentlichen Abänderungen bis zum 31. März 1927 verlängert wird, ist nunmehr auch von den Unternehmern angenommen worden. Diese hatten den Manteltarif zum 31. März gekündigt und erhebliche Verschlechterungen gefordert. Als in den direkten Verhandlungen zwischen den Parteien eine Einigung wegen des Festhaltens der Unternehmer an ihren Absichten nicht erzielt wurde, riefen die Unternehmer den Schlichtungsausschuß an. Es kam hier zu dem Schiedsspruch, der jetzt von beiden Seiten anerkannt ist.

Die Bewegung hat gezeigt, daß es einer gut organisierten Arbeiterschaft (die Branche ist zu etwa 90 Prozent organisiert) möglich ist, auch in wirtschaftlich schlechten Zeiten zumindest ihre Errungenschaften zu halten, ohne zum letzten gewerkschaftlichen Kampfmittel zu greifen.

Eine unwirksame Ausgleichsquittung.

Die Allgemeine Nachgesellschaft des Westens hatte einen Wächter, der dem Betriebsrat angehört, entlassen, ohne daß die Zustimmung des Betriebsrats eingeholt wurde. Unter diesen Umständen war die Entlassung unwirksam. Der Wächter klagte deshalb beim Gewerbegericht auf Weiterzahlung seines Lohnes. Die Beklagte legte eine Ausgleichsquittung vor, durch deren Unterzeichnung der Kläger bescheinigt hatte, daß er seinen Lohn und seine Papiere erhalten und keine Forderungen an die Firma mehr habe.

Ausgleichsquittungen werden beim Gewerbegericht oft präsentiert. Sie werden den Arbeitern bei der Entlassung vorgelegt und meistens ohne Bedenken unterschrieben in der Annahme, es handle sich nur um die Versicherung, den Lohn und die Papiere erhalten zu haben. Daß er außerdem auch bescheinigt hat, keine Forderungen mehr zu stellen, das wird dem Arbeiter dann erst vor Gericht zu seinem Schaden begreiflich gemacht. In diesem Falle kommt er gar nicht dazu, die Forderung, die er einlegt, zu begründen. Er hat ja durch seine Unterschrift auf jeden Anspruch verzichtet und seine Klage wird abgewiesen, falls er nicht — was äußerst selten möglich ist — nach-

weisen kann, daß er das Opfer einer Täuschung geworden ist. So bildet die Ausgleichsquittung fast immer eine Versicherung des Arbeitgebers gegen nachträgliche, wenn auch an sich berechtigte Forderungen des Arbeiters.

Im vorliegenden Falle aber trat das äußerst seltene Ereignis ein, daß der klagende Wächter trotz der Ausgleichsquittung mit seiner Forderung durchdrang. Der Vertreter des Klägers betonte, der Kläger habe durch die Ausgleichsquittung natürlich nicht auf seine Rechte als Mitglied des Betriebsrats verzichtet wollen, was schon daraus hervorgehe, daß er unmittelbar nach seiner Entlassung beim Betriebsrat Einspruch erhoben habe.

Das Gericht unter dem Vorsitz des Obergerichtspräsidenten Schalkhorn stellte sich auf den Standpunkt: Der Kläger habe durch die Ausgleichsquittung auf Forderungen verzichtet, die in der Vergangenheit liegen, nicht aber auf die Lohnforderung, die erst nach seiner Entlassung auf Grund seines Rechtes als Mitglied des Betriebsrats entstanden sei. Hätte er auf diese Forderung verzichtet wollen, dann würde er nicht Einspruch beim Betriebsrat eingelegt haben. Die beklagte Firma wurde deshalb zur Weiterzahlung des Lohnes verurteilt.

Der Zentralverband der Fleischer.

Die Zahlstelle Berlin des Zentralverbandes der Fleischer hatte am Dienstag in Boekers Festhallen ihre Vierteljahresgeneralversammlung. Der erste Beauftragte Genosse Schulz ging in seinem Geschäftsbericht vom 1. Quartal ausführlich auf die Tarifabschlüsse in den einzelnen Sektionen ein. Trotzdem diese Abschlüsse in die Zeit des Abbaues der Löhne und der sozialen Errungenschaften, der Kurzarbeit, der Arbeitslosigkeit und der Betriebsstillegungen fielen, gelang es, in den meisten Fällen verhältnismäßig günstige Neuabschlüsse zu treffen. In den Tarifverträgen mit den Wurstfabriken konnten auch die Beiräte mit einbezogen werden. Hauptsächlich wurde auf die Beschaffung von Arbeitsplätzen für die erwerbslosen Berufsangehörigen hingearbeitet. Trotz der wiederholten Aufforderung, keine Ueberstunden zu machen, solange noch erwerbslose Berufsangehörige vorhanden sind, geschieht dies in einigen Betrieben doch noch. Den gewohnheitsmäßigen Ueberstundenmachern soll mit aller Deutlichkeit klar gemacht werden, daß sie Kollegialität und Solidarität zu betreiben haben.

In der Agitation hat sich der Neuaufbau der Bezirke als praktisch erwiesen. Es sind in den letzten drei Monaten 71 Neuaufnahmen gemacht worden, so daß Ende März in Berlin 2281 männliche und 681 weibliche Verbandsmitglieder zu verzeichnen waren. Mit der Unterstützung der weiteren reger Tätigkeit schloß Schulz seinen Bericht. Der Kassierer Fischer erläuterte dann den in der letzten Verbandszeitung gegebenen Kassenbericht. Es folgte eine ausgedehnte Diskussion, die zwar sachlich war, aber nicht zum Geschäftsbericht gehörte. In der Hauptsache drehte es sich um einen Antrag, der die Aufnahme unorganisierter arbeitloser Berufsangehöriger fordert, angeblich, um die Kampffront der Organisation zu stärken. Als schon viele Verammlungsteilnehmer die Verammlung verlassen hatten, wurde dieser Antrag gegen eine starke Minderheit angenommen. Die Verammlung wurde dann vertagt. In der nächsten Verammlung soll ein unbefordertes Hauptvorstandsmitglied gewählt und die Verschmelzungsfrage eingehend erörtert werden.

Angestelltenausperrung in Australien.

London, 4. Mai. (CP.) In 500 Fabriken in Neuseeland wurden nach einer Meldung der „Times“ 30 000 bis 40 000 Angestellte ausgesperrt, weil sie die 44stündige Arbeitswoche fordern.

Freie Gewerkschaftsjugend.

Seit Donnerstag, 7½ Uhr, waren die Gruppen: Offizier: Betriebsvereinsleitung im Jugendheim Barfüßer 10. — Ritter: Jugendheim Neue Amsterdamer 21. — Heimbefragung und Unterrichtsausschuß. — Kassenrat: Jugendheim, Grottenstr. 8. Heimbefragung. Diskussion über Gewerkschaften. — Schulfragen. — Tempelhof: Jugendheim Germaniastr. 46. Heimbefragung. — Pankow: Heimbefragung aus der Gruppe und Vorstand der Arbeiterbewegung. — Köpenick: Jugendheim Heidenbergstr. 66. Heimbefragung. — Wießen: Heimbefragung. — Gropiusstr.: Jugendheim Gropiusstr. 2. Heimbefragung. — Deliusstr.: ein Mitteilungsblatt und Mitteilungen. — Prenzlauer: Jugendheim Lindenstr. 1. Heimbefragung. — Ausprägung: Dem Betrieb, Fern- und Schule. — Neukölln: Solistabend auf dem Platz an der Einfahrt Doppel (Grottenplatz).

Verband der Parteiarbeiter. Außerordentliche Parteimitting am Freitag, Donnerstag, 7 Uhr, im Saal des Reichsverbandes der Eisenindustrie in Charlottenburg. Beschlüsse. Die Beschlüsse sind:

Mittag, 6. Mai, 12 Uhr, im Roten Saal, Rathausstr. 10. (Grottenplatz)	Am Freitag, 7. Mai, 4 Uhr, im Roten Saal, Rathausstr. 10. (Grottenplatz)
1. Heimbefragung und Unterrichtsausschuß. Die Anwesenheit aller Genossen ist dringend erforderlich.	1. Heimbefragung und Unterrichtsausschuß. Die Anwesenheit aller Genossen ist dringend erforderlich.
Mittag, 6. Mai, 12 Uhr, im Roten Saal, Rathausstr. 10. (Grottenplatz)	Mittag, 6. Mai, 12 Uhr, im Roten Saal, Rathausstr. 10. (Grottenplatz)
1. Heimbefragung und Unterrichtsausschuß. Die Anwesenheit aller Genossen ist dringend erforderlich.	1. Heimbefragung und Unterrichtsausschuß. Die Anwesenheit aller Genossen ist dringend erforderlich.
Mittag, 6. Mai, 12 Uhr, im Roten Saal, Rathausstr. 10. (Grottenplatz)	Mittag, 6. Mai, 12 Uhr, im Roten Saal, Rathausstr. 10. (Grottenplatz)
1. Heimbefragung und Unterrichtsausschuß. Die Anwesenheit aller Genossen ist dringend erforderlich.	1. Heimbefragung und Unterrichtsausschuß. Die Anwesenheit aller Genossen ist dringend erforderlich.

Verantwortlich für Politik: Rüdiger Schmidt; Wirtschaft: Fritz Grottel; Gewerkschaftsbewegung: Fritz Grottel; Kultur: Rüdiger Schmidt; Sport: Fritz Grottel; Berlin: Rüdiger Schmidt; Grottenstr. 8. Heimbefragung und Unterrichtsausschuß. Die Anwesenheit aller Genossen ist dringend erforderlich.

ZÄHNE ohne Gaumen von 3 Mark an, mit Kautschukplatte 1 u. 2 Mark. — Teilzahlung gestattet. 3 Jahre weitgehende Garantie. Zahnziehen bei Bestellung gratis.
Hatvani Danziger Straße 1 — Zimmerstraße 86
Luisenstr. 27 / Charlbg., Schlüterstr. 73

Kressin

Wolff

53



Weisse-Wein-Wochen

200 000 Liter Weine gelangen in bekannter Güte zum Verkauf
Kostproben gratis Ausschank direkt vom Faß

Feinste Fruchtbowle . . . Ltr. -60	22er Nittler, Obermosel, pr. Fl. -75
Erstklassige Malbowle . . . -75	13er Liebfrauenmilch . . . -55
„Herbstlicher Sonnabend“ . . . -95	21er Weißweine, sehr edel . . . 1,50
„Die Bräuterei“ . . . -95	Haut Sauternes, weiß Nord. . . 1,75
Böwien-Sekt „Mein Süder“ . . . Fl. 1,20	Seligmüller, echter Sekt . . . 70

Apfel-, Heidelbeerwein, süß Ltr. -75 | **Taragona, echt, unverschn.** Ltr. 1,60
Fruchtwein m. Ma. ap. esch. -81 | **Malaga, echt, unverschn.** . . . 1,60
Erst-, Ingh., Moselberg . . . -95 | **Feinst. Portwein, kräft. edel** . . . 2,-
Erdbroterwein, Zucker . . . 1,47 | **10er Rotweine, edel, kräft.** . . . 1,50

Feinst. Weinbrand-Verschn. Ltr. 3,20 | **Feinster Tafel-Aquavit 35%** Ltr. 2,75
Feinst. echt. Weindr. 35% . . . 4,20 | **Feinste Tafelkörbe 35%** . . . 4,45

Zur Aufklärung: 1 Liter enthält 1/2 Liter mehr als eine 1/2-Flasche
Sämtliche Preise einschließlich Stadtsteuer ohne Glas.

Eduard Süßkind, Likör-Fabrik

Hauptgeschäft: Berlin W 31, Brunnenstraße 42/43

Berlin N, Chausseestr. 76, in der Nähe | Berlin SO, Grünauer Straße 15
Berlin N, Müllerstraße 144 | Moabit, Wilmersdorfer Str. 25, (Ecke
H. in O, Kopenstraße 87 | Steglitz, Schloßstraße 121
Berlin O, Petersburger Straße 60 | Neukölln, Berliner Straße 13

Sonnabend, den 8. Mai: Neueröffnung
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 157, Ecke Grünstr.



Durchgangs Verkehr West-Ost.

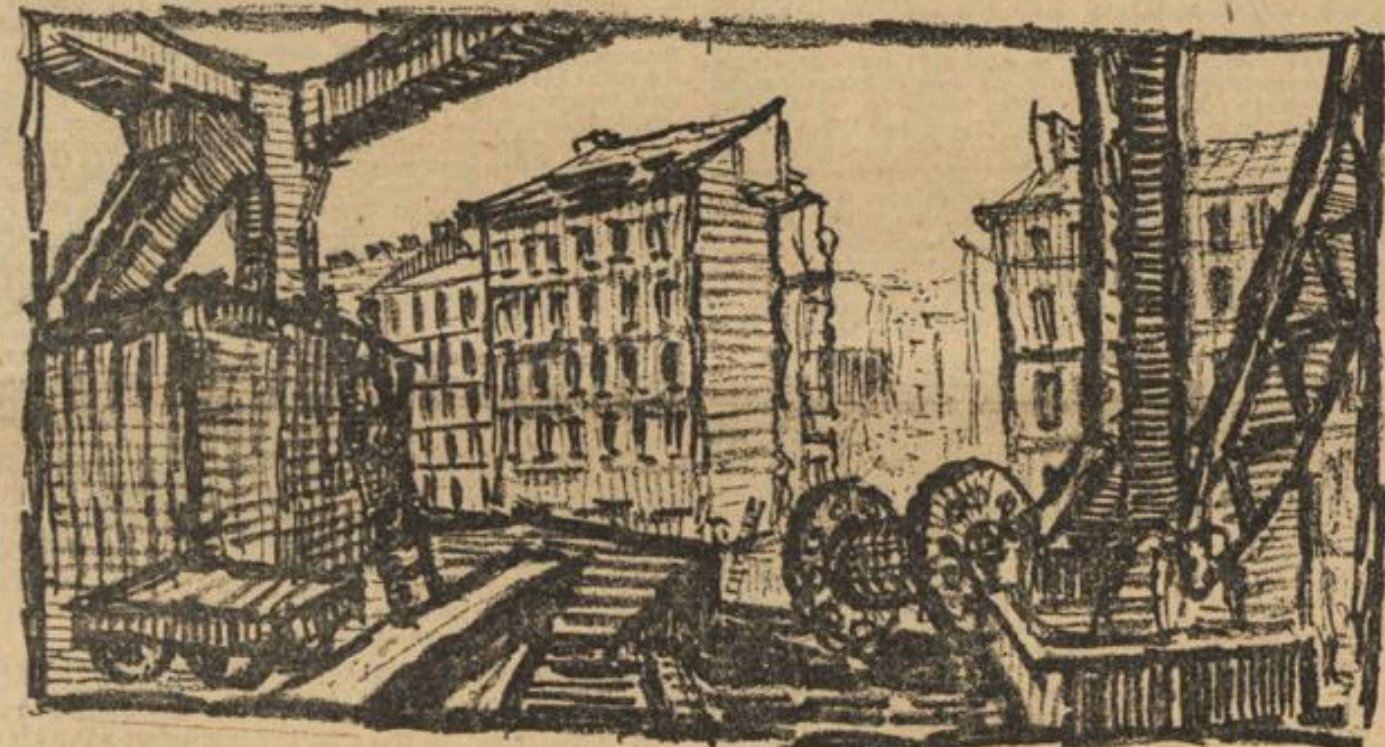
Der Betrieb auf der Stammlinie der Hochbahn, die von der Warschauer Brücke über das Gleisdreieck nach dem Westen führte, und im Gleisdreieck eine Abzweigung nach dem Potsdamer Platz hatte, wurde so geführt, daß die Züge von der Warschauer Brücke sowohl nach dem Potsdamer Platz als auch zum Knie fahren konnten, und daß außerdem ein direkter Zugdurchgang zwischen dem Bahnhof Potsdamer Platz und dem Westen möglich war. Das Gleisdreieck war damals kein Bahnhof, sondern hatte nur eine Blockstelle, die die Gleisverzweigungen des Gleisdreiecks zu bedienen hatte. Die Anlage war allerdings in ihrer Leistungsfähigkeit beschränkt.

Infolge des wachsenden Verkehrs sah sich die Hochbahngesellschaft schon 1907 gezwungen, den Aufsichtsbehörden einen Entwurf für eine Umgestaltung des Gleisdreiecks einzureichen. Nach den damals angestellten Studien ergab sich, daß eine Trennung der beiden Verkehrsrichtungen vom Westen nach Osten einerseits, und nach der Stadt andererseits, sich nicht erst am Gleisdreieck vollziehen durfte, sondern schon an einer weiter westlich gelegenen Stelle, an der sich der Verkehr noch nicht allzu sehr verdichtet hatte. Nach diesen Plänen sollte das Gleisdreieck in einen Kreuzungsbahnhof umgebaut werden. Die Arbeiten wurden 1911 in Angriff genommen,

und der so ausgestaltete Kreuzungspunkt Ende 1912 dem Verkehr übergeben. Seitdem muß der Ostwestverkehr am Gleisdreieck umsteigen, da die Verbindung zwischen dem Gleisdreieck über den Rollendorfsplatz nach dem Wittenbergplatz noch immer nicht fertig war. Der Bau dieser Strecke mußte der Kriegsverhältnisse wegen im Jahre 1917 eingestellt werden; infolge der Kriegsnachwirkungen konnte er erst im Jahre 1925 wieder aufgenommen werden. Die Fertigstellung ist nunmehr im Oktober 1926 zu erwarten.

Die neue Bahn überquert auf geneigter eiserner Brücke den Potsdamer Außenbahnhof, überschreitet mittels einer Eisenbetonbrücke die Dennewitzstraße und tritt durch ein Wohnhaus in den Häuserblock zwischen Steglitzer und Kurfürstenstraße ein. Die Bahn senkt sich auf längerer schallloser umschlossener Rampe so tief hinab, daß sie die Potsdamer Straße bereits als Untergrundbahn unterfährt. Der Bahnhof Kurfürstenstraße, unmittelbar westlich der Potsdamer Straße, wird daher schon als Untergrundbahnhof angelegt. Im weiteren Verlauf durchfährt die Linie den neuen weitgeschlossenen Untergrundbahnhof „Rollendorfsplatz“, dessen Anlagen hauptsächlich in der Rahlstraße nördlich der Hochbahn liegen. Der Zugang erfolgt ebenso wie zur Hochbahn durch eine architektonisch bemerkenswerte Halle auf dem Rollendorfsplatz. In dem neuen Bahnhof vereinigt sich die von Osten kommende Bahn mit der

Schöneberger Bahn dergestalt, daß die übereinanderliegenden Bahntörper auf der Westseite des Bahnhofs nach dem Wittenbergplatz und Kurfürstendamm, die Bahntörper auf der Ostseite nach Schöneberg geführt werden. Um die Einrichtungen der Schöneberger Bahn den Erfordernissen des durchgehenden Zugbetriebes anzupassen, ist vor allem die Herstellung ausreichender Bahnsteige für Sechsmagazüge, wie sie nach Einrichtung des durchgehenden Verkehrs gefahren werden müssen, sowie auf Anordnung der Aufsichtsbehörden die Einrichtung einer einheitlichen Signalanlage notwendig. Aus diesem Grunde ist der Abbruch des vorhandenen Bahnhofs Rollendorfsplatz



Durchbruch in der Dennewitzstraße



Am Ende des schalldichten Tunnels.

der Schöneberger Bahn, sowie die Beseitigung des nach dort führenden Verbindungsganges mit dem Hochbahnhof notwendig.

Durch die neue Verbindung wird erreicht, daß die jetzt auf dem Gleisdreieck endenden Züge der Distrikte unmittelbar nach Schöneberg bzw. über den Wittenbergplatz zum Kurfürstendamm durchgeführt werden können und umgekehrt. Die Westbezirke werden damit günstiger, weit schnellere, Zugfolge erhalten.

Der Bau des Bahntörpers ist der Firma Habermann u. Sudes-Liebold A.-G., Kiel, übertragen. Der Bau der Eisenbetonbrücke über die Dennewitzstraße wird von der Wops u. Freitag A.-G. ausgeführt. Die elektrischen Anlagen liefern die Siemens-Schuckert-Werke. Die Architekturarbeiten liegen in Händen Prof. Sors Grenauder.

Jamile unter den Zedern.

Von Henri Bordeaux.

(Berechtigter Uebersetzung von J. Kunde.)

Gern verweilte dort die weibliche Kundschaft und geschmeidige Finger glitten bald über die Brotate von Damastus, diese teure, auserlesene Ware, die den Fabrikzeugnissen von Ispahän und Misapur gleichkommt, oder sie strichen über den Laft von Tyrus, über schwere, mit Gold- und Silberfäden gewebte Seiden, die von Tasrus und Antiochia kommen, über die Stickereien von Aleppo oder über die Kumbaz, diese märchenhaften Goldgewänder, die würdig sind, eine Königin in den Gemächern ihres Palastes zu schmücken. Die Besucherinnen der Suls glichen einander nur im ersten Augenblick, weil sie den Mantel, der weiß oder schwarz ist und auf den Blumen eingepreßt sind, tragen. Dieser verbirgt ihr Gesicht. In Syrien zeigen die mohammedanischen Frauen nicht einmal ihre Augen, wie in Kairo oder Stambul. Der Schleier bedeckt sie; aber er ist manchmal so dünn, daß er den Abdruck ihrer Züge zu tragen scheint. Ebenso schmiegte sich das Kleid oft den Körperformen an. Das geübte Auge gelang bald dahin, diese geheimnisvollen Passantinnen voneinander zu unterscheiden. Er spürt und ahnt die Schönheit, die Grazie, die Jugend. Und das Begehren wird um so heftiger, weil man nicht weiß, ob Blicke den unsrigen antworten.

Nach den Stoff- und Leppichhändlern, deren finstere Gewölbe nur die glänzenden Reichtümer ihrer Auslage erhellen, besuchte ich die Zudebädereien unter freiem Himmel, deren Düste die Nase aus weiter Ferne kitzeln. War Jamile eine Rascherin geworden? Schätzte sie diese Mischungen aus Zucker und Butter, die köstlichen mit Moschus parfümierten Pasteten, die Limonadentorten, diese kleinen Leckereien, zu denen Butter, Honig und Milch verwendet wurden, all diese „Lufums“, die man mit Pistazien, Berbenen, Jasmin oder Rosen bevorzugte; liebte sie die Spezialitäten von Damastus mit Avrikosen oder Granatapfelferkeln? Wie ich in den Suls die Hände verfolgt hatte, welche die Stickereien abschätzten, um die ambrasefarbene, schmale, geschmeidige Hand Jamiles herauszufinden, so suchte ich jetzt die geschwungene Linie ihrer Lippen, die dünnen Purpurbändern gleichen, zu erkennen, während bei halbgeöffnetem Schleier Badwert und Leckereien verzehrt wurden. Alle diese Passantinnen narren mich, daß es mir zur Qual wurde. Keine war Jamile. Wenn die eine

ihre schmale Taille hatte, so glich der Buchs einer anderen dem ihren an Zartheit und Kraft; diese trug den Kopf wie sie, jene hatte ihren schlanken Hals; aber keine entsprach dem Bild Jamiles in meinem Innern. Hätte mir ein geheimer Instinkt ihre Anwesenheit nicht verraten? Ich hätte sie nicht einmal zu sehen brauchen; bei ihrem Erscheinen wäre, glaube ich, mein Blut schneller durch die Adern gestossen. Aber mein Verhalten war nicht allen entgangen. Die und jene reagierte darauf. Beim Weggehen, im Augenblick, da sie in einer Gasse oder unter einem Gewölbe verschwand, hob sie rasch ihren Schleier auf, um ein junges Gesicht und feurige Augen zu zeigen. Da wandte ich mich traurig ab: sie hatten vollends meine Illusion zerstört.

Ich verzichtete auf dieses nutzlose Suchen. Meine irrenden Schritte führten mich aus der Stadt zur Tailon-Moschee, deren spitzes Minarett sich im Winde wie eine Pappel hin und her zu bewegen scheint; dann stieg ich zum Schloß empor, das die Stadt beherrscht. Es war, wie Sie wissen, durch ihren Raymond de Toulouse erbaut; aber es ist nur ein Haufe roter Mauern, und man kann sich kaum den alten Bau noch rekonstruieren. Ein jeder trägt dazu bei, die Ruinen in der Nähe der Stadt zu zerstören, indem er sich das Material aneignet. Aber diese alten Bauwerke wehren sich und bewahren in ihrem Verfall noch Spuren der Kraft und des Stolzes. Das Betreten der alten Zitadelle war verboten; bald aber ließen es die Wachtposten zu, daß ich da meinen Träumen nachging, und ich durfte mich auf den Terrassen aufhalten. Ich hatte die Libanonfette hinter mir, die wieder reichliche Schneemassen bedeckten; ich sah den Kadischa, dessen Wasser schäumend sein Felsenbett durchseilt, ein Derwischkloster, das unter einem Zitronen- oder Orangenhain fast verstand, und vor mir lag das blaue Meer mit den weichen geschwungenen Linien der Bucht von Akka.

Wieviel Stunden verbrachte ich da oben auf diesen lieben Terrassen! Manchmal las ich in einem arabischen Büchlein, das ich im Kramladen eines Juden entdeckt hatte. Es war eine grausige Liebesgeschichte, ich glaube aus Taufendund-einer Nacht, ich habe sie genau im Gedächtnis behalten. Ein junger Mensch liebte seine Schwester und der gerechte und gute Vater hatte sie getrennt. Dem blutshänderischen Liebespaar gelang es aber, sich wieder zu treffen; sie entschieden sich für ihre Liebe und zugleich für ihren Tod. Sie ließen unter einer Gruft eine große Treppe aushöhlen, die zu einer unterirdischen Kammer führte. Mit Lebensmitteln für einige Tage

versehen, zogen sie sich dahin zurück. Indessen suchte sie der trostlose Vater. Er fand unter den Gräbern diejenige heraus, welche seine Kinder bedeckte. Von denen aber war auf ihrem Ababsterbet nur ein Aschenhäufchen übrig geblieben; denn die Gerechtigkeit Gottes hatte sie verbrannt. Und der Vater vergaß über seinem Schmerz nicht die Drohung des Himmels: er weinte, weil die Strafe der unbekanntem Welt noch furchtbarer sein und länger währen mußte.

Ich dachte an den göttlichen Zorn und die freude Leidenschaft Omars und Jamiles. Uebertraf das Verbrechen jener nicht dieses an Schändlichkeit? Sie hatte ihren Glauben, ihre Rasse verleugnet und trotzdem verzehrte sie das Feuer nicht. Sie erfreute sich in ihrem Palast in Tripolis der Sicherheit und berauschte sich an den Wonnen, an dem Sakrileg dieser Liebe. Warum hatte Butros die Rache noch nicht vollbracht?

Ich weiß nicht, ob Sie bemerkt haben, daß sich, unfern dem Schloß, ein kleiner, muslimanischer Friedhof befindet. Eines Abends sah ich von der Terrasse, auf deren Brüstung ich mich stützte — man konnte mich von unten nicht bemerken — eine Anzahl verschleierte Frauen herankommen. Der Schnitt ihrer Gewänder aus fließender Seide ließ auf Frauen aus dem Harem der Emire und Rotabeln schließen.

Sie setzten sich auf die Gräber und plauderten dort lange. Bald warf diese oder jene, um die Abendfülle zu genießen, ihren Randil zurück und die Gefährtinnen ahmten sie nach. Da sah ich unter ihnen Jamile. Ich erkannte sie von ferne an ihrer hellen Hautfarbe, am Ebenmaß ihrer Glieder, an ihrer Art, den Kopf zu bewegen, an jeder ihrer Gesten, mit einem Wort an allem, was sie von einer anderen unterschied. Es war, als wenn ich wüßte, daß sie kommen mußte und wie wenn ich sie mit Sicherheit erwartet hätte. Regungslos an die Schiefsharte gebannt, betrachtete ich sie und war glücklich. Ich hatte sie wiedergefunden und das genügte mir. Weiter beehrte ich nichts. Wie sie sich, um heimzukehren, erhob, war es mir, als verdunkle sich plötzlich der Tag.

Würde sie morgen wiederkommen? Das mußte sie. Ich konnte es nicht zugeben, daß sie nicht zurückkehrte. Um sie mehr aus der Nähe zu sehen, suchte ich ein Versteck unterhalb der Zitadelle, und ich fand es unter einem großen Grabstein, der mich ganz verdeckte und mir freien Ausblick gewährte. Ich verbrachte den Nachmittag auf meinem Posten, ohne daß es ihr beliebte, wiederzukommen.

(Fortsetzung folgt.)

Polizei und Familie.

In einem Trauer über den wir gestern berichteten, wurde ein ähnlicher Fall berichtet, der seine Frau aus dem Fenster geworfen hatte. Die Polizei, die man vorher gegen den Gemütskranken zu Hilfe rufen wollte, erklärte: „Denn nicht Blut fließt, sondern wir nicht ein“ (D. Ad.).

Wir berichteten mehrfach, daß die Groß-Berliner Schupo in einer Reihe von Fällen, in denen es durch Familienhader zu schweren Bluttaten mit zum Teil tödlichem Ausgang kam, den vorbeugenden Schutz entweder abgelehnt oder doch wohl nicht genügenden Schutz befunden habe, mit der Erklärung: „In Familienstreitigkeiten mischen wir uns nicht ein!“ Das wurde mit der Kritik verbunden, es scheint so, als ob die unteren Polizeiorgane nicht ausreichende Anweisungen hätten, wie sie sich in solchen Fällen zu verhalten haben. Sonst könnte vielleicht manches Blutvergießen und manche Tötung vermieden werden. Hierzu wird aus polizeilich informierter Quelle mitgeteilt, daß die Sachlage in der Gesamtpolizei doch wesentlich anders zu beurteilen ist. Die Berliner Schupomachen werden alljährlich in überaus zahlreichen Fällen nur wegen Familienstreitigkeiten, also bei Bedrohungen, Mißhandlungen und ähnlichen Ausschreitungen im Hause, um ihren Schutz angerufen und folgen sogar selbst dann oft diesem Rufe, wenn schon aus der Erfahrung des Einzelalles bekannt ist, daß die Sache nicht mehr als eine häusliche Prügelei bedeutet. Nicht ganz selten wird wegen solcher bloßen Prügeleien unter Familienmitgliedern sogar das Ueberfallkommando alarmiert. Die Polizei kann in Fällen, die ernst zu liegen scheinen, den Befehlsgewaltigen, der gewöhnlich mehr oder weniger stark unter Alkoholdruck steht, bis zu 24 Stunden in Schutzhafst nehmen, kann ihm Schußwaffen oder andere Waffen aberlangen, kann ihn auch dem Kreisarzt zur Begutachtung seines Geisteszustandes vorführen. Diese Maßnahmen sind, wie die Polizei zugibt, ziemlich problematisch, wenn man nicht zu so rigorosen Vorgehen, wie es vor Krieg und Revolution durch zahlreiche Abhiebungen nach einer Arznanstalt üblich war, greifen will. Die Kreisärzte sind sehr vorsichtig geworden, beschreiben wohl zuweilen eine geistige Erkrankung, aber nicht die zur Internierung berechtigende Gemeingefährlichkeit, die nach dem Stande der Geistesgesundheit überhaupt ein sehr dehnbarer Begriff ist. Die Erfahrung lehrt nämlich: man bedroht und schlägt sich, man berührt und vertritt sich, man schlägt sich nach acht Tagen abermals. So ist es auch in sogenannten „guten Familien“. Wie soll denn nun die Polizei — so sagt sie — wissen, ob nicht später eine schwere Bluttat begangen wird, wenn es nicht einmal der Kreisarzt weiß und meist mit nur einiger Sicherheit auch gar nicht wissen kann? Gewöhnlich ist die Bluttat in wenigen Minuten schon begangen, bevor die Polizei gerufen wird.

Man wird zugeben müssen, daß diese Ausführungen der Polizei beachtenswert sind.

Ein Nachspiel zu dem Tempelhof Kassenraub.

Die Aburteilung der letzten Mithelfer.

Der große Einbruch in das Bezirksamt Tempelhof, der den kühnen Kassenräubern 307.000 M. einbrachte, und der bereits vor längerer Zeit zur Aburteilung gelangt war, hatte jetzt vor dem Schöffengericht Tempelhof noch ein gerichtliches Nachspiel.

Wie erinnertlich, wurde von den Angeklagten, deren Hauptperson der berüchtigte Pawlat war, immer wieder von einem weiteren Komplizen gesprochen, dem „unbekannten Wilhelm“, der dem Einbruch beigegeben hatte und gemissermaßen als Pantler der Einbrecherbande eine große Summe aus dem Kassenraub zur Aufrechterhaltung erhalten hatte. Schließlich hatte dann Bruno Schulz nächste Angaben über diesen vermeintlichen großen Unbekannten gemacht und ihn als einen Wilhelm Schröder bezeichnet. Die weiteren Nachforschungen des Kriminalkommissars Büniger ergaben auch bis auf den Vornamen die Richtigkeit dieser Angaben, und der große Unbekannte konnte schließlich nach langwierigen Beobachtungen bald nach der Wiederverhaftung des aus dem Stadtvoigteigefängnis ausgebrochenen Bruno Schulz in der Person des händlers Paul Schröder festgenommen werden. Durch die Flucht des Bruno Schulz hatte sich auch der Verdacht verflüchtigt, daß nicht nur dessen Mutter, die bereits zu 6 Monaten Gefängnis wegen Begünstigung verurteilt worden war, sondern auch der Vater des Schulz mitgewirkt hatte, einen Teil der Beute zu verstecken. Infolgedessen hatte sich der alte Schulz und eine Schwester von ihm, Frau Söbde, wegen Hehlerei mit zu verantworten. Damit war der Rest der an dem Kassenraub beteiligten Personen nachträglich zur Verantwortung gezogen worden.

In die Leichtigkeit der Sache wurden, wie Landgerichtsdirektor Sachs bemerkte, dem Angeklagten Paul Schröder starke Anforderungen gestellt. Nach seiner Angabe hätte Pawlat ihn zwar in den Plan eingeweiht, das Bezirksamt Tempelhof zu betrauben, er sei aber nur Scheinbar auf den Vorstoß eingegangen. Er will zunächst einmal sich die Gegend genau angesehen haben und sogar Pawlat mit dem Hinweis abgeraten haben, daß sich gegenüber dem Bezirksamt die Sparkasse befindet, und daß sicherlich anzunehmen sein werde, daß die Leute so vorsichtig sein würden, nichts das Geld in die dortigen Banktresors zu bringen. Pawlat habe ihm aber geantwortet, das Geld würde schon da sein, denn bei einer Behörde sei alles möglich. Damit habe er ja auch recht gehabt. Er selbst aber habe nach am Abend vorher seine Mitwirkung abgelehnt. Da er aber bei seinen Rekonozierungsfahrten seinen Schirm vergessen hatte, sei er, teils um diesen zu holen, teils aus Neugierde, ob trotzdem die Sache gemacht würde, am Abend des 28. September nach Tempelhof hinausgefahren. Dabei sei er aber gegen seinen Willen den Tätern zufällig in die Arme gelaufen. Mit Hahn, dem angeblichen Diener von Pawlat, der diesem den Koffer mit den Einbruchswerkzeugen nachzutragen pflegte, will der Angeklagte zwei Stunden späteren gegangen und dann in der Nähe des Bezirksamtes, offenbar nach bewährtem Ruffler, wieder zufällig auf Pawlat und die anderen gestoßen sein, die sich auf dem Heimwege befanden. Pawlat soll ihm erklärt haben, daß der Einbruch nicht stattgefunden hätte, sondern daß es ein großes Fiasko gewesen sei. Dann hätte er auch, wie er zugibt, gebittet, die Sauerstoffflaschen im Leich zu versenken. Im Widerspruch zu dieser Darstellung steht aber die Tatsache, daß Schröder in die Wohnung der Braut des Mittäters Fechner, der Frau Linda Hirsch, mitgegangen ist, wo in seiner Gegenwart die Beute versteckt wurde. Pawlat hat ihm 15.000 M. als Anteil abgeben und erklärt, daß die anderen nicht mehr bewilligen wollten, weil Schröder nicht habe mitmachen wollen. Schulz habe ihm 41.000 M. zum Aufbewahren gegeben. Das Geld hat Schröder im Walde an verschiedenen Stellen vergraben. Von der Summe sind auch nach den Angaben des Schröder 31.000 M. wieder beschafft worden, den Rest will Schröder teils für seine persönlichen Bedürfnisse ausgegeben haben, teils an Erpresser, die von seiner Rolle bei dem Kassenraub gemerkt haben, geopfert haben.

Angefaßt dieser Sachlage hatte das Gericht nur Zweifel, ob Schröder als Mittäter oder Helfer zu verurteilen sei. Es entschied sich jedoch für das Letztere und verurteilte ihn wegen hehlerischer Begünstigung zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis. Der alte Schulz erhielt wegen Hehlerei 6 Monate Gefängnis, während Frau Söbde mangels Beweises freigesprochen wurde.

Gelbe Ausweisarten für Jugendpflegevereine. Wie die Reichsbahndirektion Berlin mitteilt, bleiben die für das Kalenderjahr 1925 ausgestellten und bis zum 30. April 1926 gültigen gelben Ausweisarten zur Inanspruchnahme der Fahrpreisermäßigung für Jugendpflegevereine nimmere weiter über diesen Zeitpunkt hinaus im Kalenderjahr 1926 in Geltung. Der Zeitpunkt, zu dem die gelben Ausweisarten durch die neuen, vorwiegend auf heilbahren Postarten ausgestellten Ausweise ersetzt werden, wird noch bekanntgegeben.

Freie Sozialistische Hochschule

Sonnabend, 8. Mai, 7^{1/2} Uhr abends, im Sitzungssaal des ehem. Herrenhauses, Leipziger Str. 8, Vortrag der Genossin Prof. Dr. Anna Siemsen-Jena.

Bürgerliches und proletarisches Bewußtsein in der modernen Dichtung

Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. sind zu haben an der Abendkasse sowie im Bureau des Bezirksausschusses, Lindenstr. 3, II. Ho. 2 Tr. Zimmer 8, in der Vorwärts-Buchhandlung, Lindenstr. 2, im Zigarrengeschäft Hirsch, Engelgüter 24/25, im Tabakvertrieb GEG, Inselstraße 6, beim Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Ritterstraße 1, und in den „Vorwärts“-Speditionen.

Stahlhelmer bei einer Lebensrettung.

Eine jugendliche Lebensmüde, die am Sonntagabend gegen Rittersnacht in der Gegend der Potsdamer Brücke in den Landwehrkanal sprang, konnte durch entschlossenes Jugreifen gerettet werden. Dem Mädchen sprang sofort ein junger Kaufmann nach, der von einem Straßenbahnwagen die Bergweilungstat bemerkt hatte. Es gelang ihm, die Lebensmüde zu erfassen und schwimmend sie an die Böschung heranzubringen, wo zwei andere Männer aus dem Publikum sie in Empfang nahmen. Der mutige Retter war ein Kaufmann Altmann, Mitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in der Kameradschaft Senefelderplatz. Die beiden Helfer, deren Namen unbekannt geblieben sind, waren als Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes erkennbar. Unter dem zunehmenden Publikum waren auch zwei Männer, die an der Kleidung das Abzeichen der Organisation „Der Stahlhelm“ trugen. Als sie an der Kleidung des Retters das Abzeichen der Reichsbannerorganisation bemerkten, erging der eine sich in spottenden Reden. Unter anderem sagte er, jetzt wird wohl ein großer Artikel in der Zeitung zu lesen sein. Ja, dieses Vergnügen soll der Stahlhelmer haben. Wir sehen hiermit ihm ein Denkmal in unserer Zeitung, wenn wir auch nur berichten können, daß er sein Hundewort gebraucht hat. Das Mädchen wurde, nachdem die an der Rettung beteiligten Personen die ersten Wiederbelebungserfolge gemacht hatten, durch die herbeigerufenen Feuerwehr zum Elisabethkrankenhaus gebracht. Die Lebensmüde ist erst 16 Jahre alt. Gram über den Tod der Mutter soll sie zu der Bergweilungstat getrieben haben.

Einführung der Stadträte von Berlin-Kreuzberg.

In der gestrigen Sitzung der Bezirksversammlung Kreuzberg wurden die neuen oder wiedergewählten undsfeldierten Stadträte, die der Oberpräsident infolge Einspruchs der Deutschnationalen seit fünf Monate auf die Bestätigung hat warten lassen, durch den Bürgermeister-Beauftragten, Genossen Bruns, in ihr Amt eingeführt und verpflichtet und durch den Bezirksversammlungs-Vorsteher, Genossen Gerber, begrüßt. Die sechs unbedeutenden Stadträte sind die Sozialdemokraten Genossen Schwelhardt, Dittmer, Hehsholdt und Raske, der Kommunist Gehlmann und als einziger Bürgerlicher der Deutschnationale Rosenthal. Die Einführung verlief ohne Zwischenfall, da die Deutschnationalen, die in dem Streit um die Gültigkeit der Wahl schließlich unterliegen sind, sich jeder lauten Rundgebung ihres Verdrusses enthalten. Nur als der Kommunist Gehlmann den Eid leistete und Treue zur Reichsversammlung gelobte, spottete ein Zuschauer: — so wahr mir Gott helfe! Nachher berichtete der Vorsteher, Genosse Gerber, was er zur Erledigung des ihm von der Bezirksversammlung in der vorigen Sitzung erteilten Auftrages getan hatte, beim Oberpräsidenten um die damals noch ausstehende Bestätigung zu mahnen. Auf das Ersuchen um eine Unterredung hatte der Oberpräsident zunächst geantwortet, die Bestätigung sei bedingt zu erwarten, und nach einer nachmaligen Anfrage kam der Befehl, nunmehr sei die Bestätigung vollzogen worden. Genosse Gerber gab der Versammlung auch Kenntnis von dem Schreiben, durch das der Oberpräsident den Einspruch der Deutschnationalen gegen die Wahl als unbegründet zurückgewiesen hat. Darin wird nach Erörterung der Vorgänge bei der ersten und zweiten Wahl gesagt: „Die am 23. Dezember 1925 vorgenommene dritte Wahl ist ordnungsgemäß zustande gekommen, insbesondere ist die norderstrebende zweijährige Frist eingehalten, da die Bestellung der Tagesordnung am 19. bzw. 20. Dezember erfolgte. Die Beschwerde kann hiernach als begründet nicht angesehen werden.“ In dieser Abfuhr dürften die Deutschnationalen genug haben. Warum aber hat der Oberpräsident sie ihnen nicht rascher befohlen?

Fallschirmabstimmung aus 4300 Meter Höhe.

Einen neuen Weltrekord stellte gestern nachmittag in Staaten anlässlich einer Flugveranstaltung der Raab-Raketenflugzeugwerke Kassel der Fallschirmflieger Ernst Streit. Gegen 16 Uhr betrug der Pilot zusammen mit dem Flugzeugführer Steindorf und einem Begleiter einen größeren Eindecker, der sie nach kurzer Zeit außer Sichtweite brachte. In etwa 1800 Metern Höhe lagen dicke Wolkenmassen, so daß das unten harrende Publikum recht wenig zu sehen bekam. Etwa über Spandau, in der Nähe von Hakenfelde, ließ sich Streit mit seinem Fallschirm von dem Flugzeug fallen. Der Schirm breitete sich gut aus und nach etwa 13 Minuten landete er hinter Spandau in der Nähe der Hakenfeldeger Chaussee wohlbehalten in den Ästen eines Baumes. Die plombierten Höhenmesser zeigten eine erreichte Höhe von 4300 Metern. Streit hat somit den bisherigen Weltrekord im Fallschirmabstimmung, der 3200 Meter betrug, um 1100 Meter verbessert. Im Rahmen der Veranstaltung wurden noch Kunstflüge und Geschwadertkunstflüge

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 6. Mai.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4 Uhr nachm.: Oberregierungsrat Dr.-Ing. Salter: Von Taylor zu Ford. 5 Uhr nachm.: Max Jungnickel liest aus eigenen Werken. 5.30—6.30 Uhr nachm.: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Ferd. Kaufman. Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theaterdienst. 6.45 Uhr abends Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Technik. Reichsbahndirektor Baumgarten: Der Schienenweg und Reiseverkehr. 7.10 Uhr abends: Franz Glatzel: Werkgemeinschaft oder Gewerkschaft? 7.35 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Hochschulkurse). Abteilung Erdkunde. Dr. Robert Potoniä: Die Geschichte der Urwelt (Die Steinkohlenwälder und Abschluß des Alttertiärs der Erde). 8 Uhr abends: Der Roman als Fankspiel. 2. Fortsetzung. „Die Katastrophe“. Originalroman für die „Funkstunden“ von H. J. Gramatzki (als Fankspiel bearbeitet). 8.30 Uhr abends: „Nach Feiernabend“. Dirigent: Bruno Seidler-Winkler. 1. A. Conradi: Ouvertüre zur Posse: „Berlin, wie es weint und lacht“. 2. Verdi: Fülle Sklaven. Arie des Rigoletto, aus der gleichnamigen Oper (Stefan Balla, Bariton). 3. Eilenberg: Im Mai. 4. Verdi: Arie des Germont, aus dem zweiten Akt der Oper „La Traviata“ (Stefan Balla). 5. Lortzing: Fantease aus der Oper „Der und Zimmermann“. 6. Thomas: Trinklied des Hamlet, aus „Hamlet“ (Stefan Balla). 7. Massenet: Ouvertüre zu „Phädra“. 8. Leoncavallo: Arie des Caccaro, aus dem zweiten Akt der Oper „Zaza“ (Stefan Balla). 9. Sieveking: Introduction et valse lente. 10. Cherubini: Ouvertüre zu der Oper „Der portugiesische Gasthof“ (Berliner Fankorchestra). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30—12 Uhr abends: Tanzmusik (Kapelle Kermbach. Leitung: Kapellmeister Otto Kermbach).

Königswusterhausen, Donnerstag, den 6. Mai.

3—3.30 Uhr nachm.: Professor Dr. Amsel und Oberschullehrer Westermann: Einheitskurssohrift. 3.30—4 Uhr nachm.: Stadtrat Dr. Nutbesius: „Fürsorgeerziehung“. 4—4.30 Uhr nachm.: Dr. Karl Diem: „Sport und Körper“. 5—5.30 Uhr nachm.: Frau Drewitz: „Kindergarderobe“. 8.30 Uhr abends: Uebertagung von Berlin.

gezeigt. Besondere Anerkennung verdient der Chespiot Erich Haal, der hoch oben in der Luft in Deutschland noch nicht gezeigte Tricks vorführte. Mit größter Sicherheit verführte Haal Hoopings, sechsfache Kettenloopings, Rollings, Linkes und rechtes Trudeln, Flügeltrudeln und Flügelstürzen. Dem Piloten wurde für seine tollkühnen Luftkünste reichlich Beifall gespendet.

Dollarbeute.

Ein Amerikaner in einer Droschke überfallen und beraubt.

Ein sich in der Potsdamer Straße in einem Pensionat aufhaltender amerikanischer Arzt Dr. Reper ist am Mittwoch nachmittag, wie in den späten Abendstunden bekannt wird, von zwei anscheinend russischen Edelsteinhebern um 1130 Dollar beraubt worden. Der Amerikaner hat die Befanntschaft dieser Beute in einem Autobus gemacht und war, da diese ihm Edelsteine in einem roten Etui zum Kaufe anboten, mit ihnen nach der Charlottenstraße, zu der American Expres Compagnie gefahren, um dort 1000 Dollar abzuheben. Die Ringheber und der Amerikaner hatten eine Autodroschke bestiegen, um nach der Wohnung der angeblichen Russen zu fahren. In der Schönhauser Allee wurde er plötzlich von den beiden Latzen an Halfe gewürgt und ihm das Geld, bestehend aus hundert, fünfzig, zwanzig, zehn- und Fünfdollarnoten mit der Brieftasche geraubt. Der Ring wurde ihm vom Finger gezogen und ehe der Amerikaner zur Bestimmung kam, waren die beiden Räuber aus der Droschke gestiegen. Der Amerikaner ist darauf in sein Pensionat gefahren, um, da er der deutschen Sprache nicht recht mächtig ist, sich mit seinem Pensionatswirt zur Polizei zu begeben. Das Raubdezernat, Kommissar Werneburg, hat sofort Nachforschungen nach dem Chausseur angestellt, der wahrscheinlich eine genauere Beschreibung der Täter geben kann. Dieser wird er sucht, sich sofort bei der Kriminalpolizei, Raubdezernat Werneburg, zu melden.

Ermittlung und Festnahme der Koffereibrecher.

Rasch aufgeklärt wurde der Einbruch in der Rosenthaler Straße 68, über den wir berichteten. Es war der Kriminalpolizei, Sonderdienststelle für Konfektionseinbrüche, bekannt, daß in Berlin wieder eine Kolonne von internationalen Einbrechern an der Arbeit war. Nach der ganzen Sachlage mußte diese auch bei dem auhergewöhnlichen Einbruch ihre Hand im Spiel gehabt haben. Einen Fingerzeig gab die genaue Beschreibung eines Mannes, der als Begleiter des Räubers geholfen hatte, die beiden schweren Koffer aus dem zweiten Stockwerk hinabzutragen und aufzuladen. Diese Beschreibung paßte auf einen Mann, den die Beamten schon mehrfach in verdächtiger Gesellschaft gesehen hatten. Auf dem Weg über Grenadier- und Dragonerstraße, dem bekannten Quartier internationaler Verbrecher, gelangten die Beamten endlich zum Grundstück Templiner Straße 14 in einem Schuterkeller der drei Gebrüder Brud, die aus Galizien hierher zugewandert sind. Dieser Keller starrte vor Schmutz und Ungeziefer, und es war gerade keine angenehme Aufgabe, ihn gründlich zu untersuchen. Um so erfreulicher war der Erfolg. Unter einem Haufen von Lumpen fand man die beiden allerersten Koffer, in denen die Einbrecher in der Pensionat geschafft worden waren. Die Gebrüder Brud versicherten, daß sie lediglich aus Gutmütigkeit einem unbekanntem Manne, für dessen Reisegepäck sie die Koffer gehalten hätten, erlaubt hätten, diese bei ihnen unterzustellen. Tatsächlich fanden die Beamten auch in den bereits geöffneten Koffern die ganze Diebesbeute. Als die Beamten im Keller weilten, kam ein gewisser Mendel Krzywicki, ein gewerbemäßiger internationaler Taschendieb und Geschäftseinbrecher, hinein. Auch er betraute natürlich seine Teilnahme an dem Einbruch, ist aber als der Begleiter des Räubers ganz bestimmt wiedererkannt worden. Die Gebrüder Brud und Krzywicki wurden verhaftet.

Zu dem Feuer in Weihensee, das wir bereits im gestrigen Abendblatt kurz mitteilten, geben wir noch folgende Einzelheiten. Auf den Feueralarm eilten die Wehren von Weihensee, Hohen-Schönhausen und zwei Berliner Jäger nach der Brandstätte Lehnstraße 9. Es wurde etwa zwei Stunden lang aus drei C-Rohren Wasser gegeben. Gegen 3 Uhr war die Hauptgefahr beseitigt. Der Dachstuhl ist in etwa 20 Meter Länge vernichtet. Die Entstehung des Brandes ist vermutlich auf die Fahrlässigkeit eines Hauswohners zurückzuführen.

Eine traurige Aufführung hat das Verschwinden des Postbeamten Krauß aus der Veterinärstraße 8 gefunden, der seit Montag vermißt wurde. Gestern fand man ihn im Grunewald erhängt auf. Der Mann hat in einem Anfälle nervöser Ueberreizung Hand an sich gelegt.

Berufsbildungsauswahl Groß-Berlin. Nächste Volkserhebung in der Statistik-Ober am Sonnabend, den 15. Mai. Zur Aufklärung gelangt „Der Wallenschild“ von Lortzing. Preis der Karte 1,50 M. Karten sind in den bekannten Verkaufsstellen zu haben. — Letzter Vortrag der Freien Ingalischen Hochschule am Sonnabend, den 8. Mai. Prof. Dr. Anna Siemsen-Jena spricht über das Thema „Bürgerliches und proletarisches Bewußtsein in der modernen Dichtung“. Der Vortrag findet statt im großen Saal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Str. 2. Preis der Karte 50 Pf. Karten sind in den bekannten Verkaufsstellen zu haben.

Ein „Frühlingsfest“ des Charlottenburger Reichsbanners. Die hiesigen Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Charlottenburg veranstalten am Tage des Himmelstobes, am Mittwoch, den 12. Mai, in dem Schillertheater-Gebäude (am Anie) ein großes „Frühlingsfest“ unter Mitwirkung der prominenten Berliner Bühnen- und Kabarett-Künstler. Die Feste hat Oberbühnenleiter Georg Bernhart. Die Freunde des Reichsbanners sind mit ihren Damen herzlich willkommen. Eintrittskarten zu M. 2.— sind zu haben im Vereinsheim „Wärzburger Hof“ (Defonom Vogel), Sprestr. 8, am Wilhelmplatz.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Freie Sozialistische Hochschule. Prof. Dr. Anna Siemsen spricht über „Bürgerliches und proletarisches Bewußtsein in der modernen Dichtung“. Karten sind im Sekretariat erhältlich. Preis 50 Pf. Eintrittskarte 20 Pf. **Auf dem Weibsel verloren:** Ein Raubkoffer und eine Kasse. Es wird gebeten, die Sachen im Sekretariat abzugeben. **Rechtlichermerkslicher Anzeiger.** Am 6. Mai, 1926, 14 Uhr, im Jugendheim, Reichenhagen, Besprechung. Teilnehmer werden noch angenommen.

Wander- und Spieltheater. Donnerstag, 6. Mai, 14 Uhr, im Reichenhagen der Schule Reicht, 18. Tischlermeister, „Nächtliches Wandern“. Referent: Genosse Willi Bensch. Aufspache über Wandern und Spielen. Alle Gruppen müssen teilnehmen sein.

Erweiterte Bildungsvereinsabteilung Freitag, 7. Mai, 14 Uhr, im Jugendheim Einberuf. 8. Tischlermeister, Besprechung.

Abteilungsmitgliederversammlungen heute 7^{1/2} Uhr:

Kocher: Schule Tuchhauer Str. 3. — **Schulhauser:** So. 11. 11. Schule Tuchhauer Str. 11 (42. Gemeindebüro). — **Schulhauser:** So. 11. 11. Jugendheim Oberwiesenthaler Str. 10. — **Schulhauser:** Jugendheim Hakenfelde. — **Wiederbauer:** Schule Oberhakenfelde Str. 5. — **Sandberg:** Gemeindebüro, Schulstraße. — **Reichenhagen:** Gemeindebüro, Wilhelmstraße. — **Erzler:** Jugendheim an der Raubkasseler.

Charlottenburger Jugendheim Reichenhagen, 5. Funktionärskongress. — **Genossenschaft:** Donnerstag und Freitag von 7—8 Uhr auf dem Charlottenburger Schützenhaus Allee, an der „Ginsamen Doppel“, Spielabende. Wir bitten um zahlreiches Betheil.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin. (Nachtr. berh.) Welt wolkig, nur leichte Strichregen. Temperaturen wenig verändert. — Für Deutschland Welt wolkig mit zahlreichen, aber leichten Strichregen. Mitteldeutschland etwas wärmer, sonst Temperaturen wenig verändert.

Ein königlicher Goldmacher.

Von Hanns H. Ramm.

Friedrich II. von Preußen, den bürgerliche Geschichtsschreibung den „Großen“ nennt, ist in unseren Tagen als „fridericus Rex“ zum Abgott unserer Hakenkreuzer geworden, die in seinem „aufgeklärten Despotismus“ den politischen Stein der Weisen erblickten. Den hat nun freilich dieser König gewiß nicht bejessen, denn durch sein Hinabregieren in jede Kleinigkeit hat er indirekt das Beamten-tum korrumpiert und dadurch bewirkt, daß die Staatsmaschine zerbrach, als seine Selbstherrlichkeit sie nicht mehr lenkte. Aber noch dem wirklichen „Stein der Weisen“ hat auch er noch in einer Zeit gestrebt, als der Bahn, daß man damit Gold machen könne, selbst aus weniger „aufgeklärten“ Köpfen fortgeweht war. Der „Philosoph von Sanssouci“ hat ja immer viel Geld zum Kriegsführen gebraucht, und darum verfolgte er auch die Versuche, Gold zu machen, die sein Kammerdiener Fredersdorf unternahm, mit größter Anteilnahme.

Dieser Kammerdiener muß in einem seltsam vertraulichen Verhältnis zum König gestanden haben, wie aus dem soeben erschienenen Briefwechsel Friedrichs mit Fredersdorf hervorgeht. (Die Briefe Friedrichs des Großen an seinen vor-maligen Kammerdiener Fredersdorf. Herausgegeben von Joh. Richter. Verlagsanstalt Altem A. G., Berlin-Grünwald.) Während Friedrich sonst den Lob- und Tadelgebener Generale mit ver-lehrend kurzen Worten abtat, kümmert er sich fast in jedem Briefe höchst besorgt um die bedenklich angegriffene Gesundheit Freders-dorfs und richtet geradezu zärtliche Ermahnungen an den Kammer-diener, der freilich zugleich die Geschäfte eines Kanzlers, Ober-hofmeisters, Opernintendanten, Bankiers, Rabinetssekretärs uim. ver-sah. Bei solcher Vielseitigkeit kam Fredersdorf auch in Beziehungen zu Alchimisten und setzte seinen Herrn davon in Kenntnis. Im Sommer 1753 sandte er Friedrich ein Rezept zum Goldmachen, in dem mit alchimistischem Brimborium geredet wird von einem „grünen Löwen, so den Drachen im Feuer zerrissen hat“. Der König antwortet scherzend, läßt aber bald einen „Aristoteles brief“, den er selbst erhalten hat, an Fredersdorf gehen, und seine Teil-nahme wächst, als die Versuche des Kammerdieners scheinbar nicht ohne Erfolg sind. Er empfängt sogar den Alchimisten, der be-hauptet, Gold machen zu können, persönlich und ist höchst über-rascht, als dieser sich als eine Madame Rothnagel entpuppt. Mit ihrem Manne schließt er nun einen Vertrag, der uns freilich gar nicht „königlich“ annimmt; denn wenn die Sache glückt, so geht Friedrich den Gewinn; mißlingt sie aber, so trägt Fredersdorf den Schaden. Immerhin rechnet der König mit der Möglichkeit eines Erfolges, denn „man hat exemplis ins Kleine“.

Ein Fehlschlag, den Madame Rothnagel im September 1753 erleidet, läßt zunächst Friedrich alle Goldmacher zum Teufel wün-schen. Als jedoch Fredersdorf behauptet, bei den auf eigene Faust fortgesetzten Experimenten wieder Erfolg gehabt zu haben, nimmt auch des Königs Anteilnahme wieder zu. Er ordnet im Oktober 1753 an, daß alles, was Madame Rothnagel an scheinbaren, Gold erzeugt hat, „durch einen guten goldschmied“ untersucht und das möglicherweise hergestellte Gold für sein persönliches Konto amtlich ausgemünzt werden soll. Damals steht er ja bereits „im Handel wegen Regiments“, die mit dem künftigen Golde besetzt werden sollen. „Beliebt das, ja ist nichts darthüber“, d. h. „man ist die Goldmacherkunst das höchste auf Erden. Erst Mitte November 1753 läßt ihn ein neuer Mißerfolg endgültig die Hoffnung auf diese billige Bereicherung aufgeben. Später hat er dann das Problem ganz radikal dadurch zu lösen gesucht, daß er durch seine „Hof-juden“ Münzen herstellen ließ, die schließlich nur noch 28 Pro-zent des vorgezeichneten Silbergehalts hatten. Der selbsttragende Teil war natürlich auch bei dieser Inflation das Gold, während der König seine Kassen mit dem Golde füllte, das auf den Schlachtfeldern aus Blut und Tränen gemünzt wurde.

Neues vom Nachrichtenlaß der Biene. Es ist jedem Bienen-freund bekannt, daß sich Biene auf irgend eine Weise nach Mit-teilung machen, wenn sie eine reiche Futterquelle gefunden haben. Denn wenn erst einmal eine Biene eine lohnende Futterstelle entdeckt hat, dann weiß bald der ganze Stock davon, und zahlreiche Bienen

Die Lösung der Flaggenfrage.



Eine Flaggenkollektion zum Aussuchen für deutsche Auslandsmissionen.

besuchen nun rasch dieselbe Nahrungsquelle. Ueber den Vorgang dieser Mitteilung hat kürzlich Prof. v. Frisch eine interessante Arbeit veröffentlicht, die sich auf hinreichend ausgeführte Experimente stützt.

Prof. v. Frisch stellte zunächst fest, daß die Entdeckerin einer reichen „Tracht“ nach der Heimkehr im Stock eine Art Rundtanz auf den Waben vollführt, der dann plötzlich beendet wird. Die beim Rundtanz angestohlenen Bienen geraten in einen Zustand hoher Erregung und verlassen den Stock, um draußen selbständig also ohne Führung der Entdeckerin, die reiche Nahrungsquelle aufzusuchen. Daß sie von den ersten Bienen keine genaue Nachricht empfangen haben, geht aus der Tatsache hervor, daß sie wahllos nach allen Seiten ausschwärmen, und wie die Versuche ergaben, ihre Erkundungs-schritte bis zu Entfernungen von mehr als einem Kilometer aus-dehnten. Die Bienen wissen aber genau, welcher Art diese Nahrungs-quelle ist; denn sie nehmen den der Entdeckerin anhaftenden Blüten-

duft wahr und suchen dann auf ihren Flügeln nach denselben Blüten. Wurde z. B. eine Biene reichlich auf Alpenveilchenblüten mit Zuck-erwasser gefüttert, so wurden kurz darauf alle Alpenveilchenblüten der Umgebung von anderen Bienen nach Nahrung durchsucht natürlich auch dann, wenn ihnen das Zuckerverhalten fehlte. Andererseits konnten duftlose Kunstblumen, auf denen Zuckerverhalten geboten wurde, von anderen Bienen erst dann gefunden werden, wenn sie mit einem Tropfen ätherischen Oeles versehen waren, dessen Geruch die erste Entdeckerin nunmehr annahm.

Reiche Fundorte von Blütenstaub verraten die Bienen ihren Ge-nossinnen auf ähnliche Weise: sie führen nach der Rückkehr eigen-artige Schwänzlein-Bewegungen aus und schlagen dabei mit ihren Blütenstaubgefäßen „Höschen“ den anderen Bienen an die Fühler. Der Duft der „Höschen“ ermöglicht es auch in diesem Falle den Bienen, die richtige Blütenstaubquelle aufzufinden.

Amerikanische „Landstreicher“.

Von Keur Hege.

(Schluß.)

Ich erwachte von einem erstaunlich echten Geschmack von gutem Ellman-Whisky, ein Lichtschein fiel mir in die Augen. — „Aha, das ist Höllenfeuer!“ dachte ich. „Siehst du, Godefron, was bist du immer so göttlich gewesen!“ Ich glaubte unbedingt, ich wäre tot. Na, schließlich fand ich mich doch wieder auf diesem alten Planeten zurück und entdeckte mein wertiges Ich in einem hübschen weißen Bettchen neben einem anderen Gentleman. Der schnarrte wie eine Bandsäge, und ich tat daselbe. Früh machte ich mit klappernden, schmerzenden Knochen auf, aber sonst fidel wie ein Irlander, der eine Erbschaft gemacht hat, und zerrte den Bettgenossen am Bart. Der stellte die Bandsäge ab und wurde auch munter. Es war unser zweiter Steuermann, ein Deutscher, aber sonst ein guter Kerl. Wir waren in einer Fischersude; sie hatten sieben Mann von uns am Strande aufgelassen. Zehn waren tot, der Kapitän auch — zu seinem Glücke, denn wir hätten sonst den Apfelbaum am Hauße mit ihm geschmückt. Trotzdem sagten wir aber drei Tage später gemeinschaftlich vorm Seeamt in Baltimore aus, daß wir absolut nichts wüßten. Es war wegen der Pension für die Witwe des Alten; die konnte ja nichts dafür, daß er so ein Halunke gewesen war! —

Annustern wollte ich mich nicht wieder lassen; in meinem Runde war's nach vier Wochen lang so rauh und salzig wie in einer Heringsonne. So ging ich los auf die Railroad, habe in Texas ein paar Monate auf einer goldverlassenen Farm gearbeitet und bin jetzt wieder so gründlich auf den Brandföhlen, daß ich mit einem Deutschen zusammen doch wieder die Planken betreten muß. „Na, sei nur ruhig darüber, ein Pankee, der zum Gehangen werden geboren ist, erlaubt nicht!“ gab sein Kollege auf den „Dutch-man“ zurück. Der Amerikaner lachte leise und ungerührt; einige Minuten herrschte Schweigen in dem Jasse, nur eine Daube trachtete einmal in der Abendhülle Draußen schien der Mond groß und weiß auf den Wolk herab und langweilte sich.

Da geschah etwas Interessantes. Ein struppiger alter Herr stieg über die Platte und schritt auf die Tonne zu. Er blühte sich und wollte hineinretschen, retirierte aber plötzlich rückwärts wie ein Krebs und flarrte verblüfft sein Haus an.

„Ich will doch gleich zu hundert Tagen verdammert werden, wenn das nicht die blutigste Gemeinheit ist, die meine gelegneten Augen je gesehen haben!“ flüsterte er. Raschentlich fragte er sich die Bart-stoppeln, dann schlich er wieder hin und spähte vorsichtig noch einmal hinein. Er sah vier Löcher in vier Stiefelsohlen. „Es sind zwei

miserable Tramps, kein Zweifel, na wartet!“ Sachte zerrte er einen Holzkeil unter seiner besetzten Wohnung hervor und spuckte in die Hände.

„Du habtest doch auch mal so etwas drüben im Pazifik?“, fragte da der Amerikaner in der Tonne.

„Am, ja, ich muß erst meine paar Erinnerungen daran zu-sammenfuchen!“ antwortete der Deutsche phlegmatisch. — Der Alte draußen spitzte die Ohren. — „An meiner unfreiwilligen Schwim-mtaur war das Gold schuld, das sie da oben in dem schönen Lande Alaska entdeckten, wo einem nachts die Schneeföhle die Stiefel wegfressen. Ich war in Frisco und im Dalles, und wollte mit ein paar Pfund von dem gelben Dred holen, um dem abzuhelfen. Die Northwestern Coast-Shipping-Line fand das Gold schon auf dem Wege nach Alaska; sie hatte die Fahrpreise dahin um das Vierfache erhöht. Schön, ich setzte sie um das Fünffache herab und kroch in San Francisco in den Kohlenbunker des „Präsident Mac Kinley“. Aber ein armer Teufel soll zu nichts kommen! Sie fanden mich noch in der Bal, und da ich nicht freiwillig hinaufging, hievoten sie mich an Deck. Ich habe den Brüdern da unten zu schaffen gemacht! Eine halbe Stunde lang ging die wilde Jagd durch alle Bunker und Heizräume des Dampfers.“ Der Deutsche lachte leise und trocken. Draußen lehnte der obdachlose alte Gentleman über der Tonne und lauschte wie ein Räuschen. „Nun, der erste Steuermann hatte die Wache und machte mir die Honneurs. Ich bin ja auch nicht gerade ein Zwerg, aber solch ein Siedenmonatskind war mir doch noch nicht vor die Augen gekommen. Er bog sich zu mir herunter, rieb sich lächelnd seine fürchterlichen Seehundsschnellen und sagte leise und sehr höflich: „Na, du klügigerdammier Slowaman (Himnegerstauer, bündler Passagier auf einem Schiff), was sollen wir denn mit dir anfangen, he?“ Dabei griffte der Kerl wie ein versiebter Gorilla. Ich sah, das war ein Raubbein, mit Alaska durfte ich dem nicht kommen. Ich tat, als wäre es mir darauf angekommen, auf dem Kasten zu arbeiten. „Well, mich mitnehmen und Kohlen trimmen lassen.“ sagte ich ruhig und nahm einen Priem. „Den Teufel werde ich, du Stroich. Steh stramm!“ — Und dabei schlug er mir ins Gesicht, daß mir einen Roman sämtliche Firsterne des Weltalls vor den Augen herumfluchteten. Im nächsten Augenblick hatte er aber auch einen gutgemeinten Bog zwischen den Augen. Bild wie ein Texasstier fuhr er auf mich los, packte mich mit seinen mächtigen Pranken beim Genick wie einen Kater und warf mich ohne weitere Vorreden über Bord.

Jetzt lag ich also im Teiche und strampelte ehrlich mit Händen und Beinen davon, um nicht von der Schraube zerhackt zu werden. Der Kasten schob funkenpustend in die Nacht, und seine glühenden Rollen sahen mich recht spöttisch an. Es war sehr finster, ziem-licher Seegang und weit und breit kein Feuer oder Schiff zu sehen.

Ich gab mich keiner Hoffnung hin, noch jemals in Alaska Gold zu graben — ich hatte keine Ahnung, wo und wie weit Land war. So lange wie du in jener lieblichen Silberne Welt machte ich es nicht mit, denn die brechenden Klämme der Wogen schlugen mir so unerschämig ins Gesicht, wie vorher der Vitatenoffizier. Ungefähr in einer halben Stunde hatten mich die Brecher müde wie ein Kostbeef geschlagen. Ich machte mich reisefertig für die ewigen Jagdgründe. Es gibt dort genug Haie, aber bei dem Seegang (schwimmen sie tief, sonst hätten sie mir schon längst ein Bein ab-gebissen gehabt. Ich stoppte ein paar mal; denn es hatte ja keinen Zweck, sich abzuzappeln; aber das Leben will uns, wenn wir es auch nicht wollen — ich schwamm automatisch weiter. Well, es ging noch einmal gut. Eine gefährlich aussehende Woge kam mit weißschimmerndem Kopfe herangesaust und rief mich hoch. — Da sah ich einen Lichtschimmer, nicht weit von mir. Ich strampelte verzweifelt drauf zu und ließ ein wohres Indianergerheul los. Dann warf mich ein besonders erboster Brecher gegen ein Fahrzeug, daß mir die Rippen trachteten. — Meine Stimme klang von dem vielen Salzwasser ein bißchen traurig — da hörte mich niemand. Es war ein niedriges Fischerboot, sie schaukelten mit gereiffen Segeln her-um, waren wahrscheinlich beim Fang. So klammerte ich mich an dem Anker fest — zum Hochflutern langte es vorläufig nicht — und packte auf, daß mir keine leuchtende Rückenlosse irgendeines höllischen Haies zu nahe kam. Dann kroch ich mühselig, wie eine starke Fliege, hoch und fiel an Deck. Sie werden sich nicht schlecht über den plötzlichen Gast gewundert haben, der naß wie ein See-gespens an Deck lag, alle Biere von sich streckte und keinen Ton sagte. Na, sie pöppelten mich wieder auf die Beine und sammelten 8 Dollars für mich und lieferten mich damit am anderen Tage wieder an die Verarmigten Staaten ab.

„Na, man liegt manchmal plötzlich drin und hat keine Ahnung wie es kam.“ sagte der Pankee gähmend.

Ein wahres Wort, das sollst du gleich wieder erfahren, mein GoDohn!“ sagte draußen der Alte mit einem stillen Grinsen, er spuckte wieder in die Hände und rollte dann die Tonne blitzschnell über die Uferböschung hinab. Ein blitzschnelles Rumoren begann darin, ein Paar riesige Stiefel strampelten verzweifelt heraus, und dann klatschte das noble Hotel mitsamt seinen Gästen ins Wasser. Die beiden Infassen fuhrn heraus, schwammen prüfend und ernst ans Land und der Deutsche kroch müde auf den grinsenden Alten los. Der sprang gefentig wie ein Pavian über die Platte und verschwand lichernd.

„Ober, Handtuch!“ brüllte der Pankee lachend, der Deutsche lachte mir; sie schüttelten sich wie die Pudel, daß die Tropfen im Mondlicht blinkten. Auf dem Mississippi aber trieben melancholisch eine Tonne, ein Hut und ein alter Saß stromaufwärts.

Kampf gegen § 218!

Der sozialdemokratische Antrag vor dem Reichstag. — Genossin Agnes über das Elend der werdenden Mutter.

Der Reichstag erledigte in seiner Mittwochssitzung die namentliche Abstimmung über bodenreformistische Anträge. Der Satz in dem entscheidenden Antrag, der von der Reichsregierung verlangt, daß dem Bodenbesitzer der Verfall des Grundbesitzes bei Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium zugrunde liegen sollen, also die bodenreformistische Forderungen, wird bei 33 Stimmenthaltungen mit 237 gegen 141 Stimmen der Rechtspartei angenommen. Die Deutschnationalen, Deutschvolkspartei und die Wirtschaftspartei haben sich mithin als geschworene Feinde der Bodenreform gezeigt.

Das Haus tritt dann in die Beratung der sozialdemokratischen Anträge ein, der die Aufhebung der bayerischen Ausnahmeverordnung verlangt. Der Rechtsausschuß, der sich mit der Materie eingehend beschäftigt hat, schlägt vor, die Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten abzulehnen, da die Verordnung zwischen von dem Freistaat Bayern aufgehoben worden sei, jedoch befristet der Ausschuss eine Entscheidung, die von der Reichsregierung den Gesetzgebung zur Errichtung eines Reichsverwaltungsgerichtshofes verlangt, damit ein geordneter Rechtsweg möglich wird, wenn in einzelnen Ländern Streitigkeiten über die Verletzung der staatsbürgerlichen Rechte entstehen. Der Kommunist Buchmann brachte starkes Material für die verfassungswidrigen Zustände in Bayern. Mehrfache Klagen erhob der Balthische Dr. Frick für seine Partei, und auch der sozialdemokratische Abg. Saenger brachte Beweismaterial für unerhörte verfassungswidrige Vorgänge der bayerischen Behörden bei. Aufsehen im ganzen Hause erregte es, als er mitteilte, daß beispielsweise den Arbeiter-Turn- und Sportverbänden verboten sei, Turnunterricht an Jugendlichen zu erteilen, weil im Vorstand dieser Vereine Mitglieder sitzen, die freireligiös geinnt sind oder deren kirchlicher Glaube nicht ganz sicher erscheint. Zwar, so führte Saenger aus, sei die Ausnahmeverordnung aufgehoben, aber in der Verwaltungspraxis würde doch noch mit Resten von ihr gearbeitet. Die Entscheidung des Ausschusses wird angenommen.

Damit ist die Aussprache beendet, die Anträge werden abgelehnt, die Entscheidung des Ausschusses wird angenommen.

Kampf dem § 218.

Es folgt die zweite Beratung des sozialdemokratischen Antrags.

Dem Strafgesetzbuch wird folgender § 218a eingefügt: Die in den §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches bezeichneten Handlungen sind nicht strafbar, wenn sie von einem staatlich anerkannten (approbierten) Arzte innerhalb der ersten drei Monate der Schwangerschaft vorgenommen worden sind.

Der Rechtsausschuß, für den Abg. Wegmann (Z.) berätet, empfiehlt, diesem Antrag folgende Form eines Gesetzentwurfs zu geben:

An Stelle der §§ 218 und 219 und 220 des Strafgesetzbuches tritt folgender neuer § 218:

Eine Frau, die ihre Frucht im Mutterleibe oder durch Abtreibung löst oder die Tötung durch einen anderen zuläßt, wird mit Gefängnis bestraft.

Ebenso wird ein anderer bestraft, der eine Frucht im Mutterleibe oder durch Abtreibung löst.

Der Versuch ist strafbar.

Wer die im Absatz 2 bezeichnete Tat ohne Einwilligung der Schwangeren oder gemehdomäßig begeht, wird mit Zuchthaus bestraft. Ebenso wird bestraft, wer einer Schwangeren ein Mittel oder Werkzeug zur Abtreibung der Frucht gewerbsmäßig verschafft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter drei Monaten ein.

Abg. Frau Agnes (Soz.):

Seit Jahr und Tag hat sich schon die Sozialdemokratie für die Lenkung der Strafgesetzgebung in dieser Frage eingesetzt. Nach langem Kampfe soll jetzt ein neuer Paragraph geschaffen werden, wir können uns aber damit nicht zufrieden geben, denn eine wesentliche Milderung der bisherigen Zustände wird dadurch nicht erreicht werden. Deshalb stellen wir heute von Neuem unseren Antrag, und wir ersuchen um Ihre Zustimmung. Wir leben in einer Zeit der schwersten wirtschaftlichen Krise, der Unsicherheit der Ernten, wo der Lebensunterhalt unzahliger Familien der untersten Volkskreise in Frage gestellt ist. Wie soll unter solchen Umständen eine Frau noch freudig einem Kinde das Leben geben.

Auf der einen Seite die wirtschaftliche Not, auf der anderen Seite die entsetzlichen Wohnungsverhältnisse, und da verlangen Sie (nach rechts) von den arbeitenden Frauen, daß sie ohne Rücksicht auf diese Verhältnisse immer mehr Kindern das Leben geben sollen!

Jede Frau hat die Sehnsucht nach einem Kinde. Sie hat den Wunsch, Mutter zu werden, aber unter den heutigen Umständen ist das für die arbeitende Frau unfähig schwer. Die Frauen mühen sich lieber ihrer schweren Stunde entgegenzusehen, als durch einen Eingriff die Schwangerschaft zu unterbrechen. Aber wie können sie ihrer Mutterschaft froh werden, wenn sie unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen so unendlich zu leiden haben. Sie wissen, wenn sie einem Kinde das Leben schenken, daß sie das arme Brot noch in mehr Stücke teilen, daß dann die anderen Kinder noch mehr leiden müssen. Dann wissen sie nicht mehr ein und aus. Besonders schwer ist das Los der unehelichen Mütter, die nicht nur unter materieller Not, sondern auch unter den Vorurteilen einer verachteten Zeit zu leiden haben. Dazu kommt, daß die soziale Fürsorge für Mutter und Kind ganz ungenügend ist, unseren Forderungen auf diesem Gebiet sind bisher nur kleine Konzessionen gemacht worden. Die wirtschaftliche Lage der werdenden Mütter wird von der Gesetzgebung nicht genügend beachtet, es wird übersehen, daß unter den heutigen Verhältnissen das Kind nicht froh erwartet werden kann, die Mutter dabei zugrunde gehen muß. (Sehr wahr bei den Soz.)

Verstehen Sie (zu den bürgerlichen Parteien) doch nicht die Augen vor der Tatsache, daß die unerhörten Strafen bei Abtreibungen die Sache nicht verbessert, sondern im Gegenteil die Missetäter eher noch vermehrt haben. Man muß sagen, daß in Deutschland mehr Geburten verhindert, als lebende Kinder zur Welt gebracht werden. (Hört, hört bei den Soz.)

Meine Herren, als Frau muß ich Ihnen sagen: Sie haben nicht das richtige Verständnis und nicht das rechte Gefühl für die Not der Frauen. Wenn Sie all das Klagen und Jammern, das an unser Ohr dringt, mit anhören müßten, dann würden Sie eine andere Meinung von dieser Frage bekommen. (Sehr richtig bei den Soz.) Freilich, in den Kreisen der reicheren Klassen liegt das Problem anders, hier ist es viel leichter zu nehmen als in den Familien der unteren Schichten, wo die Kinderzahl durchwegs größer ist, als bei den Familien der oberen Klassen. Wenn eine Dame der sogenannten besseren Gesellschaft keine Lust hat, das Kind auszurufen, weil sie Angst hat, ihre schlanke Linie zu verlieren, oder nicht mehr an den Bergangungen der

Saison teilnehmen zu können, dann findet sich schon ein Hausarzt für sie, oder sie fährt ins Ausland, wo ihr bestimmt geholfen wird. Sie (zu den bürgerlichen Parteien) treiben die Frauen der unteren Klassen dazu, die Abtreibungen hinter verschlossenen Türen vorzunehmen, von berufenen und auch von unberufenen Händen. Die heutige Gesellschaftsordnung trägt die Schuld daran, daß so viele Frauen elend und fleh werden, daß die Familien darunter leiden und Kinder, die leben könnten, zugrunde gehen müssen.

Durch die hohen Strafen wird eine Einschränkung dieses Zustandes nicht erzielt. Und welche Strafen werden verhängt!

Hören Sie zu. Noch im Jahre 1923 ist wegen Abtreibung in 23 Fällen auf Zuchthaus, in 252 Fällen auf mehr als 1 Jahr Gefängnis, in 1444 Fällen auf 3 bis 12 Monate Gefängnis, und in 1769 Fällen auf Gefängnis unter drei Monaten erkannt worden. (Sehr wahr, hört bei den Soz.) Diese vielen schweren Strafen zwingen zu tieferer Milderung der Abtreibungsparagraphen. Wenn wir anerkennen, daß die Not des Volkes so ungeheuer groß ist, dann müssen wir für die Milderung der Abtreibungsparagraphen eintreten. Das dürfen wir auch vom Zentrum verlangen, daß es Weltanschauungsfragen gegenüber den sozialen Notwendigkeiten zurückstellt. Ist es nicht besser, einem Kinde das Leben zu geben, daß froh und glücklich das Licht der Welt erblickt, als Kinder zu gebären, die von Geburt an dazu verurteilt sind, zugrunde zu gehen? Sie (zum Zentrum) erkennen doch an, daß die Lebensbedingungen der unteren Volkschichten ungeheuer schlecht sind, aber nur aus Weltanschauungsgründen wollen Sie unseren Antrag nicht zustimmen.

Ein Zeichen der Not ist es doch auch, wenn die Berliner Ortskrankenkasse berichtet, daß sie in über 4000 Fällen Wöchnerinnen-Unterstützung gegeben hat, dagegen in über 5000 Fällen, in denen es sich um die Unterbrechung der Schwangerschaft handelte. (Hört, hört bei den Sozialdemokraten.)

Früher ist aus „nationalen Gründen“ von den arbeitenden Frauen verlangt worden, recht viele Kinder in die Welt zu setzen, damit genug Soldaten da sind. Aber was ist mit unseren Kindern geschehen? Im Westen und im Osten modern sie in den Gräbern des Weltkrieges. Wir wollen jetzt andere Wege gehen, wir wollen die Menschheit vor der sozialen Not und von den Vorurteilen einer vergangenen Zeit befreien, wir wollen, daß die Frauen leicht und froh ihrer schweren Stunde entgegensehen. Wenn die Frauen nicht mehr vor ihrer schweren Stunde zittern

müssen, dann werden sie auch nicht mehr das Verlangen haben, ihre Schwangerschaft zu unterbrechen, dann werden sie freudig dem Kinde das Leben geben! Wir Sozialdemokraten haben kein Interesse an einer Verminderung der Volkszahl, aber wir wollen, daß die Kinder auch am Leben bleiben und daß sie zu gesunden und frohen Menschen herangezogen werden können. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Barth (Dnat.) bekämpft den Ausschussvorschlag. Selbst nichtchristliche Staaten, wie Japan, bestrafen die Abtreibung scharf. Wenn der Vorschlag des Ausschusses Gesetz werde, hätten wir mit einer maßlosen Zunahme der Abtreibungen zu rechnen; es werde eine wahre Seuche ausbrechen. Dagegen schlägt Strafbestimmungen immer noch am besten. Gegenüber dem Hinweis auf die soziale Lage müsse er daran erinnern, daß es auch in früheren Zeiten in Deutschland sehr knapp hergegangen sei. Die Deutschnationalen lehnten den sozialdemokratischen Antrag wie auch den Ausschussvorschlag ab.

Abg. Dr. Bockis (Z.) erklärt, daß seine Partei den Ausschussh Antrag ablehne (hört! hört! links), nicht nur aus dem formalen Grunde, daß hier von dem allgemeinen neuen Strafgesetzbuch eine einzige Materie geregelt werden solle, sondern auch aus dem materiellen Grunde, weil der Ausschussh Antrag nur die Vorstufe zur völligen Abschaffung der Abtreibungsbestrafung sei. (Unruhe links.) Das Leben des Menschen sei eines der größten Güter; jeder Mensch empfinde einen Schauer bei dem Wort „Tötung“. Hier aber sollen straflos Millionen getötet werden und die Zahl der Frauen würde unendlich wachsen, die ihr Lebenslang Gewissensbisse hätten.

Abg. Dr. Kahl (D. Sp.): Zweifellos lägen hier schwere soziale Mißstände vor; aber das Mittel zu ihrer Beseitigung sei nicht die Tötung, sondern Staat und Gesellschaft müßten ausgleichen und helfend eingreifen. Das geltende Recht sei mangelhaft. Bei der reichen Stala der Nation für die Abtreibung müsse dem Richter Freiheit im Strafmaß gegeben werden. In dieser Beziehung beste der Ausschussvorschlag den schwersten Mißständen ab.

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.) schließt sich diesen Ausführungen an. Es gelte, schwere Härten zu mildern und darum stimme die demokratische Partei dem Ausschussh Antrag zu. Völlige Straffreiheit sei ausgeschlossen; aber die heutige harte Gesetzgebung könne nicht beibehalten werden.

Dieses Haus vertagt sich gegen 6 Uhr auf Donnerstag 2 Uhr: Kleinere Vorlagen, Gesetz über die Enteignung der Fürstendörnermögen. Fortsetzung der heutigen Beratung.

Künstliche Verteuerung der Margarine.

Wirfungen des Schutzolls auf Margarinerohstoffe.

Bei den vorjährigen Zolldebatten standen naturgemäß die Getreidezölle im Vordergrund des Interesses, und bei der Holt mit der diese Angelegenheiten von der damaligen Schutzollmehrheit „erledigt“ wurden, war es nicht möglich, eine befriedigende Regelung für andere wichtige Ernährungsstoffe wie z. B. für die Rohmaterialien der Margarineindustrie (pflanzliche und tierische Öle und Fette) zu erreichen. Den energischen Bemühungen der sozialdemokratischen Fraktion gelang es wenigstens durchzusetzen, daß eine Anzahl der wichtigsten Öle und Fette schließlich im Zolltarif etwas günstiger gestellt wurden als es in der Regierungsvorlage der Fall gewesen war. Inzwischen sind aber auch hier die Schutzollinteressen in aller Stille sehr fleißig am Werke gewesen, um die zuständigen Regierungsstellen für ihre Wünsche zu gewinnen und, möglichst ohne die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erregen, Erhöhungen der bisher geltenden Sätze durchzuführen. Es besteht tatsächlich die Gefahr, daß in dieser Richtung unter Umgehung des handelspolitischen Ausschusses des Reichstages schwerwiegende Anordnungen getroffen werden. Die wichtige Verfügung des Reichsministers der Finanzen, die z. B. die zollfreie Einfuhr von Pflanzenölen zur Herstellung von Margarine (Pol. 171 des Zolltarifs) sichern sollte, ist trotz aller Zusagen bis heute noch nicht ausreichend gesetzlich verankert.

Das Interesse der ausländischen Konzerne.

Gegenüber den Schutzollbestrebungen gewisser Großinteressen der Delmühlen- und Margarineindustrie kann im Interesse der Konsumenten nicht dringend genug die vollkommene Beseitigung aller Zölle auf pflanzliche und tierische Öle und Fette gefordert werden. Wie schon von uns im Sommer v. J. wiederholt betont wurde, haben diese Zölle in der Hauptsache den Zweck, die Abhängigkeit der noch freien deutschen Margarinefabriken von den großen englisch-holländischen Öl- und Fettkonzernen zu verstärken und der Monopolbildung bzw. der Kartellierung auf diesen Gebieten Vorschub zu leisten. Schon heute kontrollieren Jürgens und van den Bergh etwa 60 Proz. der gesamten deutschen Margarineindustrie und zirka 80 Proz. der deutschen Delmühlen. Diese Konzerne beherrschen außerdem fast ausschließlich die holländische und englische Margarineindustrie. Die Aktienkapitale der zum Jürgens-Konzern gehörenden Gesellschaften haben einen Nennwert von etwa 175 Millionen Mark. Zum van den Bergh-Konzern gehören über 70 zum Teil große Gesellschaften in Holland und Deutschland. Diesen Großinteressen, in deren Händen die Kontrolle über Delmühlen und Margarinefabriken liegt, kommt es darauf an, durch möglichst hohe Schutzölle auf die Einfuhr von Margarinerohstoffen die noch unabhängigen deutschen Margarinefabriken niederzufunkeln.

Bei der Eigenart des ganzen Handels mit derartigen Rohstoffen sind heute schon die freien Margarinefabriken weitgehend darauf angewiesen, ihre Rohstoffe von den Konzernmühlen, d. h. also von Gesellschaften ihrer erbittertesten Konkurrenz zu kaufen. Von dieser Abhängigkeit kann man sie nur dadurch befreien, daß man ihnen die Möglichkeit gibt, ihren Bedarf an raffinierten Pflanzenölen und tierischen Fetten ohne Zoll und Zollauflast im Ausland zu decken. Der Zoll hat den Zweck, die ausländischen Öllieferanten, deren Bedeutung als Preisregulator außerordentlich groß ist, vom Inlandsmarkt fernzubalten. Die Delmühlen versprechen zwar, sie würden den Schutzoll überhaupt nicht ausnutzen. Die Preisstatistik zeigt aber deutlich, daß dieser Zoll sich schon bisher bei einer ganzen Reihe wichtiger Rohstoffe voll ausgerechnet hat. Wenn z. B. bei Erdnüssen die Preise im Inlande vorübergehend stark gesankt wurden, so handelt es sich um offensichtliche planmäßige Preismanöver. Derartige gelegentliche Manöver ändern nichts an der vollkommenen starren Gesamtsituation.

Ausschaltung der Konkurrenz des Weltmarktes.

Es ist tatsächlich eine auffallende Erscheinung, daß verschiedene der bisher noch als unabhängig geltenden deutschen Delmühlen

die Zollpolitik der ausländischen Großinteressen unterstützen. Hier spielen finanzielle Abhängigkeiten als Folge der Geldknappheit und gewisse kartellistische Tendenzen eine Rolle. An zureichender amtlicher Stelle ist man sogar nicht genug gewesen, den freien Delmühlen eine Verständigung untereinander und mit den Konzernen anzuzeigen. Das würde bedeuten, daß der gesamte deutsche Delmarkt entscheidend von den ausländischen Konzernen beeinflusst werden könnte und daß durch hohe Schutzölle die regulierende Wirkung der Weltmarktpreise ferngehalten würde. Dann wäre natürlich der Zeitpunkt gekommen, wo man auch die freien deutschen Margarinefabriken erdrücken und dem Konsum die Preise diktieren könnte. Ganz nebenbei gehen die Bestrebungen dieser Kreise dahin, der deutschen Margarineindustrie den Bezug gewisser tierischer Fette aus dem Ausland, die zur Herstellung besonders hochwertiger Margarine in Verbindung mit großen Quantitäten Milch benutzt werden, durch Prohibitivzölle ganz unmöglich zu machen.

Zweiterlei Maß!

Die bisher veröffentlichten Geschäftsberichte der großen Konzerngesellschaften für 1925 lassen bereits erkennen, welchen Vorrang der Schutzoll schon im jetzigen Ausmaße diesen Betrieben gewährt. Interessant sind allerdings die allgemeinen Klagen der Delmühlen über unzureichenden Absatz von Deltuchen. Vor dem Kriege wurde der Deltuchen rechnermäßig vollkommen als Nebenprodukt (ähnlich wie die wertvollen Leererzeugnisse des Rohlenbergbaues) behandelt. Offenbar möchte man auch jetzt noch in dieser Weise verfahren. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die Delmühlen etwa 80 Proz. Deltuchen (Nutmittel) und knapp 20 Prozent Del liefern. Es ist nicht zu verstehen, warum gerade der Gewinn aus der Deltuchenfabrikation restlos die Dividenden liefern soll, während der von der Landmirtschaft verbrauchte Deltuchen als Nebenprodukt betrachtet wird. Die Regierung macht sich diese seltsame Betrachtungsweise der Delmühlen zu eigen, wenn sie ausgerechnet die Deltuchen durch Zölle hochtreibt und damit der ärmeren Bevölkerung die Margarine verteuert, während sie gleichzeitig darüber wacht, daß die Deltuchenpreise (durch zollfreie Einfuhr ausländischer Deltuchen usw.) niedrig gehalten werden, damit die besser situierten Kreise ihre Kubatur nicht zu teuer bezahlen brauchen.

Die wohlwollende Behandlung der schutzollnerischen Wünsche der Delmühlen im Reichsernährungsministerium ist ein Hinweis auf die sogenannte Preisentwertung und die Kartellpolitik der Reichsregierung.

Die Reichsbank Ende April.

Beherrscht die Reichsbank noch die Kreditwirtschaft?

Die Reichsbank verzeichnet für Ende April eine derart geringfügige Anspruchnahme durch Wirtschaft und Banken, wie sie seit Stabilisierung der Währung an einem Monatsende noch nicht da war. Die gesamte Kapitalanlage erhöhte sich gegen die Vorwoche um nicht mehr als 106,2 Millionen Mark auf 1364 Millionen. Davon entfiel nur der geringere Teil, nämlich 52,7 Millionen auf hereingekommene Wechsel, deren Gesamtbestand auf 1214 Millionen stieg. Das ist der tiefste jeweils am Ende des Monats bisher verzeichnete Bestand an Inlandsweschelein und Schecks. Der größere Teil, 835 Millionen, entfiel auf Lombardierung von Effekten, so daß sich die Lombardbestände auf 61,1 Millionen Mark erhöhten. Auch die Summe der an öffentliche Stellen weitergegebenen Inlandsweschelein ging beträchtlich, um 66 Millionen auf 198,1 Millionen, zurück. Die einzige Beanspruchung der Reichsbank, die als normal für das Monatsende bezeichnet werden darf, erfolgte auf dem Konto der unverzinslichen fremden Gelder, die um 448,6 Millionen auf

607 Millionen abnahmen. Dieses aber ist für die Funktion der Reichsbank als Regulator des Kreditwesens ohne Belang. Die Reichsbank hat eben aufgehört, noch als Grobmesser für den Wirtschaftsverlauf und das Kreditbedürfnis der Wirtschaft zu gelten. Zwar ist es richtig, daß der durch die Krise stark eingeschränkte Produktionsapparat reichlich mit flüssigen Mitteln versehen ist und daß auch die Banken über große Mengen greifbarer Gelder verfügen. Aber da dieser Zustand nun schon monatelang andauert, hätte sich der Monatsultimo bei der Reichsbank viel stärker geltend machen müssen. Wie die am 27. März erfolgte Distanzherabsetzung auf 7 Proz., so würde auch eine neue Herabsetzung etwa auf 6 Proz. die Privatbanken heute nicht veranlassen, bei der Reichsbank wieder zu revidieren. Dem ist aber ist jede fühlbare Einflussnahme der Reichsbank auf die deutsche Kreditwirtschaft ausgeschlossen. Die Reichsbank ist wenigstens im Augenblick keine Währungsbank geworden; ihre Kreditgeschäfte sind als Privatbankgeschäfte zu betrachten.

	Ende Sept. 1925	Ende Dez. 1925	Ende März 1926	Ende April 1926
(in Millionen Mark)				
Knoten und Schulden				
Reichsb.-Knotenlauf	2 610	2 980	3 100	3 086
Giroeinzlagen der Wirtschaft	620	607	626	607
Kredite an die Wirtschaft				
Pompadourkredite	58	10	77	61
Wechselkredite	1 717	1 915	1 216	1 214
Knotenbedeckung				
durch Gold	1 175	1 208	1 401	1 409
durch Devisen	819	402	481	891
Zusammen	1 494	1 610	1 972	1 883
Deckungsverhältnis				
durch Gold u. Dev. auf 50,4%	54,4%	64,4%	61,0%	

Das ist zu beachten, wenn man die Entwicklung der Reichsbank beurteilen will, wie sie sich in unserer Zusammenfassung darstellt. Die Absetzung der Wechselkredite vom Ende Dezember 1925, wo die Wirtschaftskrise schon im vollen Laufe war, bis Ende April von 1915 auf 1214 Millionen kann der Menge wie der Art der Wechselbestände nach für die Wirtschaftsentwicklung nicht als symptomatisch angesehen werden. Der Menge nach nicht, weil die Bestände höher sein könnten, wären die Privatbanken für einen großen Teil ihrer Wechsel nicht gezwungen, sich billigere Kreditmöglichkeiten zu suchen. Der Art nach nicht, weil gerade die besten Warenwechsel, deren Anammlung bei der Reichsbank immer ein Maßstab für die Entwicklung und die Gesundheit der Wirtschaft war, an der Reichsbank vorübergehen müssen.

Damit hat sich für die deutsche Kreditwirtschaft erfüllt, was wir als Folge der ausschließlich im Banken- nicht im Gesamtinteresse orientierten Kreditpolitik der Reichsbank immer befürchtet haben. Die Reichsbank ist die Gefangene, nicht die Lenkerin der Kreditwirtschaft. Die Krise geht so ihren Weg, ohne Kontrolle der Banken, ohne die Möglichkeit einer Anregung der Wirtschaft durch den kreditpolitischen Einfluß der Reichsbank. Die Krise wird so verlängert und verschärft.

Neue 30 Millionen der Kassenleihe in England begeben. Nach mehreren einander widersprechenden Meldungen besteht jetzt Klarheit darüber, daß der zweite Abschnitt von 4 Millionen Pfund Sterling der Kassenleihe von 300 Millionen Mark am 1. Mai in London abgeschlossen worden ist. Eine Gruppe englischer, holländischer und schweizerischer Bankfirmen unter Führung der Firma J. Henry Schroder u. Co., London, legt die steuerverzinsliche Anleihe zu einem Ausgabekurs von 97 Proz. auf. Die ersten 8 Millionen Pfund waren ungenügend, so 94 1/2 Proz. begeben. Von den folgenden 300 Millionen Mark bleiben jetzt noch 60 Millionen Mark oder 3 Millionen Pfund unterzubringen. Es wird vermutet, daß dieser Rest für den amerikanischen Kapitalmarkt offengehalten worden ist, der befürchtet unter dem Einfluß der Monopolbekämpfung des amerikanischen Handelssekretärs Hoover für die Kapitalforderungen des deutschen Kohlenanbitters offiziell verschlossen wurde.

Transradio K.-G. für drahtlosen Ueberseeverkehr. Die Gesellschaft, die das deutsche Monopol auf drahtlosen Nachrichtenverkehr nach Uebersee hat, arbeitet mit einem Aktienkapital von 16.518 Millionen Mark, das sich in den Händen des Reiches und der A.G. befindet. Das Unternehmen erzielte einen Reingewinn von 1.371.588 Mark, aus dem eine Dividende von 8 Proz. für die Stammaktien und von 6 Proz. für die Vorzugsaktien verteilt wird. Das Unternehmen arbeitet mit den Großfunkstellen Kauen und Eilvese und hat Empfangsanlagen in Gellow und Westerland. In der Generalversammlung berichtete der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Kommerzienrat Dr. Mamrotz von der A.G., über die Tätigkeit des Unternehmens folgendes: Die Gesellschaft hat im abgelaufenen Geschäftsjahr zufriedenstellende Verkehrsergebnisse aufzuweisen. Der Geschäftsbericht nennt gegenüber dem Vorjahr eine elfprozentige Steigerung des Ueberseeverkehrs. Diese Steigerung entfällt zu etwa 4 Proz. auf den Funkverkehr nach Nordamerika, während der übrige Verkehrszuwachs vor allem aus dem direkten Funkverkehr mit Argentinien gebirgt wurde. Daneben wurden die Funkverbindungen mit Kgypten und Niederländisch-Indien vom Postamt in steigendem Maße in Anspruch genommen. Nachdem vor kurzem in der Nähe von Rio de Janeiro eine Großfunkstation fertiggestellt worden ist, wird die Gesellschaft in nächster Zeit den direkten deutsch-brasilianischen Verkehr aufnehmen und dadurch weiteren Verkehrszuwachs erzielen. Ferner arbeitet die Gesellschaft an der Aufnahme von Verkehrsverbindungen mit Südafrika und dem fernem Osten; einige der neuen Verbindungen können voraussichtlich schon im Laufe dieses Jahres in Betrieb genommen werden.

„Sarotti“ 12 Proz. Dividende. Die „Sarotti“ K.-G. Berlin hat im Vorjahr 14 Proz. Dividende verteilt. Für 1925 verteilt sie 12 Proz. auf ihr Kapital von 8 Millionen Mark. In ihrem Geschäftsbericht weist sie darauf hin, daß ihr Absatz „von der jeweiligen Kaufkraft in den breitesten Konsumenten-schichten“ abhängig ist und daß trotz der Steigerung des Gesamtumsatzes im Jahre 1925 die Einschränkung der Kaufkraft infolge der Verschlechterung der Wirtschaftslage seit Oktober 1925 sich fühlbar gemacht hat. Verschärfte Konkurrenz im Inland und Ausland sei hinzugekommen; dadurch seien die Vertriebskosten beträchtlich gestiegen. Tatsächlich zeigen die Handlungskosten eine erhebliche Steigerung. Sie ist aber doch geringer als die Steigerung des Betriebsüberschusses, der von 8,88 auf 10,25 Millionen wuchs. Weniger verdient hat Sarotti offenbar aber nicht als 1924. Es konnten Grundstücke in Königsberg und neue Maschinen für mehr als eine Million gekauft werden. Fast der gesamte Wertzuwachs wird aber aus dem Betriebsüberschuss durch Abschreibungen wieder getilgt (1,25 Mill.). Wenn die Sarotti K.-G. also statt 14 Proz. diesmal nur 12 Proz. Dividende verteilt, so nicht deshalb, weil sie nicht kann, sondern weil sie nicht will. Sie sagt auch in ihrem Geschäftsbericht selbst, daß sie wegen der noch nicht überwundenen Wirtschaftskrise „recht vorsichtig“ bilanziert habe.

Eine ganz eigenartige Methode, ihre Schulden zu bezahlen, wendet die „Glückauf“ K.-G. für Braunkohlen an. Diese hat einen Bankrott von 200 000 R. ausgenommen und will ihn dadurch zurückzahlen, daß die Aktionäre eine Zuzahlung leisten, und zwar: die Vorzugsaktionäre eine Zuzahlung von 80 R. pro Aktie, die Stammaktionäre auf eine 200-R.-Aktie 40 R., auf eine 60-R.-Aktie 12 R., auf eine 40-R.-Aktie 8 R. Sämtliches so „aufgemerzten“ Aktien sollen in Vorzugsaktien mit einer 10prozentigen Vorzugsdividende umgewandelt werden. Es wird dadurch der Eingang von 180 000 R. erwartet, die für die Bezahlung der Bankschulden

verwendet werden sollen. Diese Form der Kapitalbeschaffung durch Zuzahlung ist ungewöhnlich, hat aber gleichwohl schon bei anderen Unternehmungen, deren Aktien unter 100 Proz. stehen, Schule gemacht.

Die Zeche „Alte Haase“ wieder in Betrieb. Nachdem monatelang auch von der Belegschaft gegen die Stilllegung der Zeche „Alte Haase“ gekämpft worden ist, ist diese Kohlengrube wieder in Betrieb genommen worden. Sie gehörte vor der Stilllegung zum Bohrgrubenzweig und wurde vom Verbandselektrizitätswerk Westfalen übernommen, das auf Kohlenstaubfeuerung eingerichtet und 1/2 der arbeitsfähigen Förderung von 800 bis 900 Tonnen übernehmen wird.

Erhöhung der Beleihungsgrenze für Goldpfandbriefe. Die Preussische Seehandlung hat die Beleihungsgrenze für Goldpfandbriefe erhöht. Soweit Goldpfandbriefe zur Beleihung bei der Reichsbank zugelassen sind, erfolgt die Beleihung durch die Preussische Staatsbank in Zukunft bis zu 75 Prozent (bisher 66 Prozent). Man wird die Erhöhung sowohl auf die günstige Kursentwicklung der Goldpfandbriefe als auch auf die großen Mengen anlagensuchender Gelder zurückführen können, die bei der Seehandlung zusammenkommen.

Achtung! 1. Kreis Mitte Achtung!

Freitag, den 7. Mai, abends 7 1/2 Uhr:

Werbeversammlungen

in den Residenz-Festhallen, Landsberger Straße 31
Referent: Adolf Hoffmann über: „Politische Hochstapler und die Gefahren der Republik“.

Im Walthalla-Tunnel, Weinbergsweg, 7 1/2 Uhr:
„Den Fürsten 2 1/2 Milliarden — Erwerblose und Kriegsbeteiligte gehen zu Grunde“.

Vortwärtsleser, Gefinnungsgenossen willkommen!

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik hat Berlin S. W. 44, Lindenstraße 1.

Sitz an das Bezirkssekretariat, 2. Ost, 7. Etage, rechts, zu richten

Achtung! Sitzung des engeren Bezirksvorstandes mit den Kreisleitern am Freitag, den 7. Mai, nachmittags 5 Uhr, im Sekretariat, Lindenstr. 3. — Alle Kreise müssen unbedingt vertreten sein.

1. Kreis Treibschiffe, Achtung! (Abteilungsleitervertreter) Sitzung am Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, bei Wilsdorf, Petersburger Str. 3, 3. Stock, Abteilungsleiter müssen unbedingt vertreten sein.
2. Kreis Charlottenburg, Freitag, 11. Mai, 7 1/2 Uhr, Kreismitgliedsversammlung in der Halle des Schiller-Kolonnenbundes, Schillerstr. 28, Konferenzraum: „Der Schillerklub“. Referent: Reichsanwaltschafts-Belehrer-Dr. Bräuer, Bericht zur gegenwärtigen Lage des Reichsbundes abgelesen. Der Vorstand.

heute, Donnerstag, 6. Mai:

101. Wk. Kerpeln, 7 Uhr in der Spedition Goeckler, 56, Sitzung bei Reimann-Kommission.
104. Wk. Lichtberg, Die Genossinnen beteiligen sich heute 7 1/2 Uhr an der Kreisversammlung in der Schule Berlin, 16. Vorstand des Genossinnen-Schulvereins Dr. Georg Eberwein über: „Gesellschaft über den neuen Strafgesetzbuch“.
106. Wk. Treibschiffe, 8 Uhr bei Schwarz, Caprinialen, Funktionärkongress.

Morgen, Freitag, 7. Mai:

1. Wk. 7 1/2 Uhr bei Wilsdorf, Wilsdorfstr. 34, Vorstandssitzung.
2. Wk. 7 1/2 Uhr an der Berliner Arbeiter-Kommunisten-Vereinigung bei Wilsdorf, Wilsdorfstr. 34, Vorstandssitzung. Alle Funktionäre müssen unbedingt teilnehmen.
3. Wk. 8 Uhr im Clubraum der Schulen des Arbeiter-Vereins, Freitag: „Der Sinn der Grundschule“. Referent: Genosse Rektor Dorn. Die Teilnehmer müssen unbedingt teilnehmen. — Um 8 Uhr, 10 Uhr, haben alle Genossinnen und Genossen, die Funktionäre sind, an Kreisversammlungen teilzunehmen. Alle Funktionäre müssen unbedingt teilnehmen.
4. Wk. 7 1/2 Uhr bei Wilsdorf, Wilsdorfstr. 34, Vorstandssitzung. — 7. Wk. 8 1/2 Uhr bei Groß, Sebestra. 17, Funktionärkongress.
5. Wk. 8 Uhr beim Genossen Schöenfeld, Rindstr. 20, erweiterte Vorstandssitzung. Mitwirkende und Berichterstatter sind mitzubringen.
6. Wk. 8 1/2 Uhr bei Wilsdorf, Wilsdorfstr. 34, Sitzung des Abteilungsleiter-Vorstandes und der Funktionäre. — 9. Wk. 7 1/2 Uhr bei Wilsdorf, Wilsdorfstr. 34, Funktionärkongress. Die Berichterstatter haben hierzu ein Schreiben über Funktionäre unbedingt erforderlich. — 9. Wk. 7 1/2 Uhr bei Wilsdorf, Wilsdorfstr. 34, Funktionärkongress. Es werden 18 Mitgl. — 17. Wk. 7 Uhr beim Genossen Roth, Rindstr. 20, wichtige Funktionärkongress. Alle Funktionäre müssen unbedingt teilnehmen.
8. Wk. 11 1/2 Uhr bei Wilsdorf, Wilsdorfstr. 34, Vorstandssitzung und Funktionärkongress. — 11. Wk. 7 1/2 Uhr bei Roth, Rindstr. 20, Funktionärkongress.
9. Wk. 8 Uhr bei Wilsdorf, Wilsdorfstr. 34, Funktionärkongress.

124. Wk. Wilmersdorf und Zehlendorf, 7 1/2 Uhr im Lokal Reich, Berlin, Straße des Prinzenparkes, wichtige Funktionärkongress. Alle Funktionäre müssen unbedingt teilnehmen.

108. Wk. Johannisthal, Achtung! Die Abteilungsleiter beteiligen sich an der Kreisversammlung am Sonntag, 9. Mai, im Wilmersdorf, Treffpunkt am Sonntag nachmittags 1.30 Uhr am Bahnhof Johannisthal.

Jungsozialisten. Heute, Donnerstag, 6. Mai:

Gruppe Charlottenburg, 7 1/2 Uhr sämtlich im Jugendheim Köpenick, 4, Westendstraße. Teil ein gemeinsamer Sozialabend. — Gruppe Wilmersdorf: 8 Uhr im Jugendheim Köpenick, 4, Westendstraße. Diskussion über: „Unfreie Stellung zur Partei und der G.P.“ — Gruppe Zehlendorf: 8 Uhr im Jugendheim Köpenick, 4, Westendstraße. „Internationale Sozialpolitik“.

Jungsozialisten. Morgen, Freitag, 7. Mai:

Gruppe Zehlendorf: Sämtlich 8 Uhr im Restaurant „Sozialist“, Kaiser-Wilhelm-Str. 4, Zehlendorf: „Friedrich Ober“. Sozialistische Versammlung findet um 8 Uhr bei der Gruppe Köpenick: 8 Uhr im Jugendheim Köpenick, 4, Westendstraße. Diskussion über: „Unfreie Stellung zur Partei und der G.P.“ — Gruppe Zehlendorf: 8 Uhr im Jugendheim Köpenick, 4, Westendstraße. „Internationale Sozialpolitik“.

Frauenveranstaltungen:

1. Kreis Treibschiffe, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr bei Roth, Cuhnenstr. 19, Funktionärkongress. Jede Abteilungsleiterin muss teilnehmen. 121. Wk. Riechberg, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.) Frauenversammlung. Alle Genossinnen müssen teilnehmen. Gütlich willkommen.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Stichtag der Groß-Berliner Partei-Organisation

121. Wk. Riechberg, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftsstelle: Berlin S. W. 44, Schillerstr. 37. Hof 3. Et. Kreuzberg. Anmeldungen zur Mitgliedschaft werden bis spätestens 8. Mai unter Einzahlung von 15 R. vom Kreisleiter angenommen. Nächste Kreisversammlung: Do., 6. Mai, 8 Uhr, im Lokal Köpenick, 4, Westendstraße. — Nächste Kreisversammlung der Frauenorganisation: Do., 6. Mai, 8 Uhr, im Lokal Köpenick, 4, Westendstraße. — Nächste Kreisversammlung der Arbeiterorganisation: Do., 6. Mai, 8 Uhr, im Lokal Köpenick, 4, Westendstraße. — Nächste Kreisversammlung der Jugendorganisation: Do., 6. Mai, 8 Uhr, im Lokal Köpenick, 4, Westendstraße. — Nächste Kreisversammlung der Arbeiterorganisation: Do., 6. Mai, 8 Uhr, im Lokal Köpenick, 4, Westendstraße. — Nächste Kreisversammlung der Jugendorganisation: Do., 6. Mai, 8 Uhr, im Lokal Köpenick, 4, Westendstraße.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfrauen. Gruppe Wilmersdorf, Freitag, 7. Mai, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Reichsbank Köpenick (Schillerstr.).

Blauband im Volksmunde.

Aller Guten Dinge sind drei

Blauband wie Butter ist stets dabei

Blauband wie Butter

ist stets dabei

Blauband wie Butter

ist stets dabei

50 Pfennig 1/2 Pfd.

Zu jedem Pfund die „Blauband-Woche“ gratis

Flammkuchen

Trüffel, Trüffel, Trüffel

sondern Qualität

zuordnen!

Communität

die Gutsfamilie!

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Städt. Groß-Berlin

Freitag, den 7. Mai 1926, abends 8 Uhr, im Saal 4 des Gemeindefestsaales, Giegelstr. 24/25:

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Bericht vom 1. Quartal 1926.
- a) Geschäftsbericht b) Kassenbericht c) Bericht der Kontrollen.
2. Bericht von der Betriebsratung in Berlin.
3. Bericht von der Konferenz der Reichs- und Staatsarbeiter.
4. Verhandlungsgegenstände.

Jeder Generalversammlungsbeteiligte ist verpflichtet, an der Generalversammlung teilzunehmen oder seinen Vertreter zu entsenden. Mitgliedsbuch und delegationskarte mitzubringen. 180/19 Die Ortsverwaltung.

Johannsen's

Kaffee

Tees

Von erlesener Güte

SOLO-MARK